



NEOLIBERALISMUS, ISLAMISMUS UND AUTORITARISMUS FÜR IMMER? DER AUFSTAND VON GEZI UND DIE KRISE DER AKP

»SHOPPEN, BETEN, KINDERKRIEGEN« – AUFSTAND IN DER TÜRKEI
VON ERROL BABACAN

»Shoppern, Beten, Kinderkriegen«, so lautete ein Slogan auf dem Taksim-Platz, der die Leitlinien für die konforme Bevölkerung, die sich widerspruchslos in die kapitalistische Wachstumspolitik einreihet, parodierte. Gegen diese Zurichtung zeigt der Juni-Aufstand Wege auf, wie eine gesellschaftliche Opposition organisiert und eine politische Alternative aufgebaut werden könnte.

Weiter auf Seite 3

BAUWIRTSCHAFT, ISLAMISMUS UND DIE TÜRKISCHE BOURGEOISIE
VON ISMAIL KARATEPE

In der neoliberalen Ära wurde die Türkei zum Schauplatz des Entstehens einer neuen Bourgeoisie, die die materielle Basis der AKP bildet. Die Bauindustrie ist ein zentraler Pfeiler für die Akkumulationsstrategien dieser Bourgeoisie. Unterstützt wird sie durch eine stetige Erweiterung von Maßnahmen, welche die direkte Einmischung der Zentralregierung in die Bauindustrie ermöglichen.

Weiter auf Seite 10

PRIMAT DER ORDNUNG: DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE TÜRKISCHE JUNI-REVOLTE
VON AXEL GEHRING

Der jüngste Fortschrittsbericht der EU-Kommission ist insgesamt positiver ausgefallen, als derjenige des letzten Jahres und lobt »Fortschritte im Bereich der Justiz, Grundrechte und Sicherheit«. Jene Passagen, die sich auf die Gezi-Ereignisse beziehen, identifizieren eine Reihe von Ereignissen »bei denen es zu Gewalt kam«, sowie »übermäßige Härte« durch die Polizei. Sie vermeiden es, die systematische Niederschlagung der Gezi-Revolution durch die türkische Regierung deutlich zu benennen. Solche Deutungen der Ereignisse hat es auch innerhalb der AKP gegeben. Eine kritische Rekonstruktion der EU-Türkei-Beziehungen hilft, diese Gemeinsamkeiten in der Bewertung der Causa Gezi zu verstehen.

Weiter auf Seite 13

DIE KOMMUNE VOM GEZI-PARK UND DER KLASSENKAMPF IN DER TÜRKEI UND KURDISTAN
VON MICHAEL BACKMUND

Die Aufstände in der Westtürkei und die Kommune vom Gezi-Park haben die Türkei radikal verändert und die Voraussetzungen für soziale Kämpfe in der Türkei und in Kurdistan deutlich verbessert. Zugleich stehen sie in einer engen Verbindung mit der Entwicklung in Syrien und dem gesamten kurdischen Raum, denn ohne Frieden droht ein Ersticken der (Gezi-)Aufstandsbewegung durch die in einer schweren Krise befindliche repressiv-islamistische AKP.

Weiter auf Seite 19

IMPRESSUM

INFOBRIEF TÜRKEI Erscheint unregelmäßig

REDAKTION

Errol Babacan (Frankfurt/M.), Murat Cakir (Kassel), Özgür Genç (Kassel), Axel Gehring (Marburg), Ismail D. Karatepe (Kassel) und Anne Steckner (Berlin)

<http://infobrief-tuerkei.blogspot.com>

E-Mail: infobrieftuerkei@gmail.com

V.I.S.D.P.: RLS-HESSSEN,

M. Cakir, Niddastr. 64, 60329 Frankfurt am Main

Gefördert von:



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG HESSEN

EDITORIAL

Ein gutes halbes Jahr nach der brutalen Niederschlagung der landesweiten Proteste, die im Gezi-Park ihren Ausgang genommen hatten, differenzieren sich die Felder der Auseinandersetzungen aus. Während die Protestbewegung versucht, den Widerstand der Sommermonate in beständigere Formen zu überführen, machen ihr die etablierten Oppositionsparteien Avancen. Die Repression der Meinungsfreiheit durch die regierende islamistische AKP hat sich derweil verschärft, insbesondere was soziale Medien betrifft. Zudem provozieren neue Regierungsinitiativen, die vielerorts bereits praktizierte Geschlechtertrennung noch zu intensivieren. Auch der Verhandlungsprozess zwischen AKP-Regierung und PKK bleibt bestenfalls ernüchternd.

Über Ursachen, Verlauf und Charakter der zurückliegenden Revolte gibt es unterschiedliche Interpretationen, die auch Ausdruck konkurrierender Interessen sind. Unser aktueller Infobrief versammelt eine Reihe von Beiträgen, die jeweils verschiedene Aspekte der Gezi-Ereignisse in den Gesamtzusammenhang stellen.

Den einleitenden Beitrag »Schoppen, Beten, Kinderkriegen«, von Errol Babacan, veröffentlichten wir online bereits im August – kurz nach dem Höhepunkt der Protestwelle. Er analysiert die Proteste im Kontext des von der AKP verfolgten politischen Projektes. Als Aufschlag unserer aktuellen Ausgabe setzt er einen Kontrapunkt zu jenen verbreiteten Deutungsmustern, welche die Ursache für den autoritären Charakter der Verhältnisse in der Türkei in der Psyche des Ministerpräsidenten Tayyip Erdoğan und der langen Regierungszeit der AKP suchen oder gar hoffen, die Türkei möge unter Führung ihres »moderaten Flügels« ihren »kurzezeitig unterbrochenen Demokratisierungskurs« fortsetzen.

Der Beitrag »Politischer Islam und Bauwirtschaft« von İsmail Doğa Karatepe widmet sich einem ökonomisch wie ideologisch wichtigen Sektor der türkischen Ökonomie. Die zahlreichen Bauprojekte in der Türkei haben nicht nur eine Bedeutung für die Stimulation des wirtschaftlichen Wachstums in der Türkei, sondern sind ebenso Teil islamistischer Gesellschaftspo-

litik. Letztere verdrängt so allerdings jene städtischen Strukturen, von denen aus sie einst ihren Siegeszug antrat. Dies sorgt auch für Spannungen innerhalb des politischen Islams.

Die wiederholt formulierte Behauptung, die Proteste seien vor allem ein Ergebnis der türkischen EU-Orientierung, ist analytisch noch nicht allzu oft herausgefordert worden. Der Mitte Oktober veröffentlichte »Türkei-Fortschrittsbericht« der EU-Kommission, der gute Fortschritte bei Justiz, Freiheit und Sicherheit schlussfolgert, bietet hierfür den passenden Anlass. In dieser Interpretation verdichten sich Wahrnehmungen und Interessen, die das Handeln der EU gegenüber der Türkei schon seit Jahrzehnten prägen. Sie haben einen erheblichen Anteil an der Herausbildung des von der Protestbewegung bekämpften autoritären Neoliberalismus unter der Ägide der AKP, wie ich in meinem eigenen Beitrag »Die EU und die türkische Juni-Revolution« postuliere.

Abschließend wirft Michael Backmund, Journalist und Filmemacher, in seinem Beitrag »Die Kommune vom Gezi-Park und der Klassenkampf in der Türkei und Kurdistan« thesenartig den Blick auf eine seit Gezi radikal veränderte Türkei, die Gezi zugleich ins Verhältnis zu den Entwicklungen im kurdischen Raum setzt. Als Thesen eines aktiven Teilnehmers der Proteste stellen sie weniger einen klassischen Analyseartikel als vielmehr ein politisch-strategisches Ausloten emanzipatorischer Möglichkeiten dar.

Eine interessante Lektüre wünscht im Namen der Redaktion

Axel Gehring ■■■

»SHOPPEN, BETEN, KINDERKRIEGEN« – AUFSTAND IN DER TÜRKEI

VON ERROL BABACAN

Der landesweite Aufstand im Anschluss an die Besetzung des Gezi-Parks in Istanbul kam für viele überraschend. Das relativ stabile Wirtschaftswachstum, kontrastiert mit einer krisenbedingten Verarmung großer Bevölkerungsgruppen in südeuropäischen Ländern, passte nicht zu den weit verbreiteten Erwartungen, nach denen Wachstum mit allgemeiner Zufriedenheit verbunden sein müsste. Die brutale Polizeigewalt widersprach dem hoch gelobten »Demokratiemodell Türkei«, das den aufständischen arabischen Bevölkerungen als Vorbild präsentiert wurde. Insgesamt passte dieser Aufstand nicht in das etablierte Image der regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP), die sich auf einem Demokratisierungspfad befinde, indem sie das Militär in seine Schranken verwies und »Friedensverhandlungen« mit der kurdischen Bewegung aufnahm.

Mit der Parkbesetzung wurde eine Dynamik ausgelöst, die auch in der Türkei für Überraschung sorgte, allerdings aus gänzlich anderen Gründen als hierzulande. Was hier als Bruch wahrgenommen wurde, durch den sich das demokratische Vorbild zu einem vollkommen enthemmten Polizeistaat angeführt von einem autoritären Aufwiegler verwandelte, charakterisierte schon seit langem die sozialen Auseinandersetzungen in der Türkei. Wo immer sich Protest und Widerstand gegen ökologische Zerstörung, Vertreibung aus Stadtvierteln und Dörfern für Gentrifizierungs- und Energieprojekte, Enteignung und Entrechtung in all ihren Facetten, extreme bis tödliche Arbeitsbedingungen, Islamisierung und Autoritarismus entwickelte, die Reaktion der staatlichen Organe fiel stets gleich aus: Aufstandsbekämpfung.

Diese repressive Strategie funktionierte, ohne besonderes Aufsehen im Ausland zu erregen, solange die Proteste fragmentiert blieben, sie voneinander isoliert keine landesweite Dynamik und Kontinuität entwickelten. Dass nun mit der Besetzung des Parks beinahe alle oppositionellen Gruppen gleichzeitig auf die Straße gingen, die Eigendynamik der Straße für eine Annäherung sonst voneinander isolierter oder gar verfeindeter Gruppen sorgte, macht die Besonderheit eines Aufstands aus, mit dem niemand gerechnet hatte.

Der Juni-Aufstand vereinte die Proteste gegen eine Partei,

- die parlamentarisch-demokratische Entscheidungswege monopolisiert, die Gewaltenteilung de facto aufgehoben und polizeilich-richterliche Willkür systematisiert hat,
- die eine historisch beispiellose Plünderung öffentlichen Eigentums und die Privatisierung gemeinschaftlicher Lebensgrundlagen vorantreibt,
- und die der Bevölkerung ein islamisch-konservatives Korsett verpassen möchte.

Der Aufstand zeigt nun Wege auf, wie eine gesellschaftliche Opposition organisiert und wie eine politische Alternative zu diesen Entwicklungen aufgebaut werden könnte.

AUTORITARISMUS TROTZ FORMALER DEMOKRATIE

So überraschend der Zeitpunkt des Aufstands war, so bedrückt war auch zuvor schon die Stimmung im Land. Denn entgegen der sich hartnäckig haltenden Meinung, die AKP habe die staatlichen Institutionen demokratisiert, passierte systematisch das Gegenteil. Nach bald elf Jahren Alleinregierung hat die AKP alle vormals von ihr kritisierten autoritären und zentralistischen Institutionen übernommen, die mit dem Militärputsch von 1980 eingeführt oder ausgebaut wurden. Die Partei kann zudem nach Belieben mit Gesetzen und Praktiken regieren, die für den Ausnahmezustand kennzeichnend sind, ohne die Gewaltenteilung formal aufzuheben.

Das Vorgehen der Behörden bei der versuchten Beseitigung des Parks ist symptomatisch für diese Entwicklung. Als Ende Mai die Bagger anrückten, gab es keinen genehmigten Bauplan. Die Behörden handelten illegal, was bei Bauprojekten, ob Wohnsiedlungen, Brücken, Straßen oder Staudämme eher die Regel als die Ausnahme ist. In der Vergangenheit konnten, häufig nach Protesten der betroffenen Bevölkerung, illegale Vorgehensweisen gerichtlich unterbunden, begonnene Projekte gestoppt werden. Inzwischen hat die AKP die politische Kontrolle über die Justiz hergestellt. Richterliche Baustopps stellen kaum noch ein Problem dar, sie werden ignoriert oder von einem hö-

heren Gericht wieder aufgehoben. Eine Garantie, dass legale Planungswege und Gerichtsurteile eingehalten werden, gibt es nicht.

Dieser Zustand ist auch Ausdruck einer allgemeinen Entwicklung, bei der die Staatsmacht in den Händen der regierenden Partei konzentriert wird, während den Oppositionsparteien systematisch der Zugang zu den staatlichen Institutionen und somit Einfluss auf die staatlichen Entscheidungsprozesse versagt wird. Den Höhepunkt dieses antidemokratischen Geschehens stellte ein Ermächtigungsgesetz im Jahr 2011 dar, mit dem die Regierung über sechs Monate unter Umgehung parlamentarischer Verfahren Dekrete mit Gesetzeskraft erlassen konnte, die nur noch der Staatspräsident unterzeichnen musste, was jeweils umgehend geschah. Die Möglichkeit dieses Vorgehens war nach einer militärischen Intervention in die Verfassung eingeführt worden und die AKP machte von diesem Mittel ungeachtet ihrer schillernden Kritik am Militärputsch ungeniert Gebrauch. Das Gesetz diente der Reorganisation des öffentlichen Dienstes. Dahinter verbarg sich ein doppelter Zweck: Die beschleunigte Herstellung der Kontrolle über den öffentlichen Dienst durch die Besetzung mit loyalen Personal sowie eine Kompetenzverlagerung von kommunalen zu nationalen Behörden, also eine Zentralisierung politischer Entscheidungswege. Nachdem das Verfassungsreferendum von 2010 der Regierung die Kontrolle über die höchsten Justizorgane, wie das Verfassungs- und das Kassationsgericht, ermöglicht hatte, von dieser Seite der Regierung also keine Steine mehr in den Weg gelegt werden konnten, ging es darum, letzte Oppositionszentren in den nachrangigeren staatlichen Institutionen zu beseitigen.

Das Reorganisationsmuster des öffentlichen Dienstes steht in einer Linie mit der Verfassung von 1982, durch die demokratische Elemente der Selbstverwaltung in öffentlichen Einrichtungen stark beschnitten wurden. Der damals eingerichtete Hochschulrat etwa kontrolliert die Hochschulen und überwacht das wissenschaftliche Personal und die Lehrpläne. Der Rat (YÖK) selbst wird de facto durch den Staatspräsidenten Abdullah Gül dominiert, der auch die letzte Entscheidung bei der Ernennung von Hochschulrektoren trifft. Gül hat dafür gesorgt, dass an den Universitäten und den zentralen nationalen Forschungseinrichtungen regierungsnahes konservativ-islamisches Personal das Ruder übernommen hat. Seitdem hat eine Art sunnitische Kreationismus Einzug in die wissenschaftlichen Leitlinien der Türkei genommen.

Die Systematik, mit der die Konzentration politischer Macht in den Händen der AKP durchgesetzt wurde, schlägt sich umgekehrt in der Ohnmacht der parlamentarischen Opposition nieder. Symptomatisch für diesen Zustand war der Boykott des Parlaments nach den Wahlen 2011. Sowohl die größte Oppositionspartei CHP als auch die kleinere kurdisch/sozialistische Oppositionspartei BDP boykottierten das Parlament, da gewählte Abgeordnete aus ihren Reihen nicht aus der (fragwürdigen) Untersuchungshaft entlassen wurden, obwohl dies bis dahin üblich war. Beide Parteien gaben nach anfänglich lautem Getöse den Boykott wieder auf, ohne die geringste Wirkung erzielt zu haben. Tragikomisch an dieser Situation war, dass der Boykott exakt in dem Zeitraum stattfand, in dem das Parlament sich in der Sommerpause befand.

Zahllose weitere Beispiele könnten angeführt werden, um die Ohnmacht der parlamentarischen Opposition zu demonstrieren, die permanent mit der Androhung konfrontiert ist, kriminalisiert zu werden. Mit dem Lob für die Demokratisierung im Rücken hat die AKP sich sehr früh für eine repressive Gangart entschieden. 2004 richtete sie mit Sondervollmachten ausgestattete Gerichte ein und 2006 verschärfte sie die Terrorbekämpfungsgesetze. Seitdem reicht schon die Teilnahme an einer Demonstration, auf der »illegale« Symbole gezeigt wurden aus, um wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung angeklagt zu werden. In keinem anderen Land sind so viele GewerkschafterInnen, AnwältInnen, JournalistInnen, AkademikerInnen, Studierende, BürgermeisterInnen, Abgeordnete und Mitglieder der politischen Opposition auf der Grundlage von Terrorbekämpfungsgesetzen angeklagt oder inhaftiert worden (2005: 3.400 Personen; 2007: 7.700; 2010: 11.900).

Bezeichnend für den erreichten Stand der Konzentration politischer Macht ist die Aussage des stellvertretenden Ministerpräsidenten Bülent Arınç, der mit dem Verfassungsreferendum im Jahr 2010 und der nachfolgenden Besetzung der höchsten Richterposten mit parteinahen Gewährsmännern hochofiziell einen Dankesgruß an Gott sendete: ‚Gott sei Dank‘ könne Opposition jetzt nur noch von der Straße kommen, die man als nächstes in den Griff bekommen werde. Während des Juni-Aufstands wurde diese Aussage durch die Hilflosigkeit der Opposition, die trotz der offensichtlichen Wirkungslosigkeit ihrer Anwesenheit im Parlament keine konsequente Kritik an diesem System formuliert, erneut bestätigt. Als die Regierung den Vorschlag unterbreitete, eine

Volksbefragung über das Schicksal des Gezi-Parks abzuhalten, waren viele Oppositionelle spontan für ein Kräftemessen an der Wahlurne bereit, obwohl das Wahlergebnis keinerlei Verbindlichkeit gehabt hätte, während die Regierung sich generell nicht an Gesetze und Gerichtsurteile gebunden fühlt. Von einer Waffengleichheit im demokratischen Wettbewerb kann ohnehin keine Rede sein. Tausende Oppositionelle befinden sich in Haft, alle anderen sind permanent davon bedroht, eines Morgens verhaftet zu werden. Die Massenmedien gehorchen der Regierung, während alternative oder oppositionelle Medien zensiert und kritische JournalistInnen auf Geheiß der Regierung entlassen werden. Mit der Volksbefragung wäre dieser antidemokratische Zustand, der dazu führte, dass »die Straße« die Verteidigung des Parks gegen dessen illegale Beseitigung selbst in die Hand nehmen musste, mit scheinbar demokratischen Mitteln wiederhergestellt und die Bewegung passiviert worden. Wider besseres Wissen fiel den Oppositionsparteien nichts Besseres ein, als hierfür ihre Zustimmung zu geben.

KAPITALISTISCHE LANDNAHME UND DEMOKRATISCHE MEHRHEITEN

Der Vorschlag einer Volksbefragung hätte zudem dafür benutzt werden können, eine durch die Besetzung aufgeworfene grundlegende Frage aufzugreifen, nämlich inwieweit die materiellen Lebensgrundlagen eines Teils der Bevölkerung einer Mehrheitsmeinung geopfert werden dürfen. Die ParkbesetzerInnen verteidigten eine der wenigen öffentlichen Grünflächen im Stadtzentrum, die vielen zum Verschnaufen dient und deren Bäume Schatten in der heißen Jahreszeit bieten. Der Park ist einer der seltenen Orte, an dem verweilt werden kann, ohne konsumieren zu müssen. Heißt Demokratie, dass solche Orte abgeschafft werden, wenn eine Mehrheit dies beschließt?

Im Zusammenhang mit der Parkbesetzung von der Erhaltung materieller Lebensgrundlagen zu sprechen, erscheint auf den ersten Blick als eine Übertreibung. Allerdings steht der Bau einer Shopping Mall mit Hotels und Luxuswohnungen anstelle des Parks im Zusammenhang mit einem Wachstumsmodell, von dem das ganze Land bedroht wird. Wenn das stabile Wachstum betont wird, das im Fall der Türkei viele Leute so erstaunt, gerät dieser Zusammenhang häufig aus dem Blick. Denn zu diesem Wachstum tragen maßgeblich solche Mechanismen bei, in die sich auch die geplante Bebauung des Parks mit einem Konsumtempel einfügt: Die Enteignung von Gemeinbesitz, öffentlichen Gütern und natürlichen Ressourcen

sowie eine kreditbasierte Expansion der konsumorientierten kapitalistischen Lebensweise.

In der letzten Dekade wurden kontinuierlich gesetzliche Schranken abgebaut, die der Privatisierung öffentlicher Güter sowie der Verwandlung von Gemeinbesitz in (ver-)käufliche Waren im Wege standen. Davon betroffen sind insbesondere Wasservorkommen, Waldbestände sowie von der ländlichen Bevölkerung gemeinschaftlich genutzte Flächen. Kleinteilige Land- und Viehwirtschaft ist mangels (inter-)nationaler Konkurrenzfähigkeit schon länger kaum noch eine ausreichende Existenzgrundlage. Die Privatisierung von Wald, Wasser und Weideflächen verschärft diesen Zustand und räumt zugleich letzte Grundlagen ergänzender Subsistenzwirtschaft aus der Welt. Die Privatisierung beschleunigt die Landflucht und entzieht gleichzeitig der sozial unabgesicherten städtischen Bevölkerung notwendige dörfliche Rückzugsräume im Falle ökonomischer Krisen und bedroht die Versorgung mit Lebensmitteln durch Familienangehörige in den Dörfern.

In den Städten entsprechen dieser Politik sogenannte Stadterneuerungsprojekte, die den Raum nach Kaufkraft neu ordnen. Wenig kaufkräftige Bevölkerungsgruppen werden enteignet und aus den Stadtzentren in Wohnsilos an den Stadträndern umgesiedelt, um kaufkräftigen Gruppen Platz zu machen. Dabei werden über viele Jahre gewachsene Nachbarschafts- und informelle Versorgungs- bzw. Geschäftsbeziehungen auseinander gerissen, Wege zur Arbeitsstätte um ein Vielfaches verlängert und niemand wird gefragt, ob die neue Wohnform in uferlosen Betonblöcken den eigenen Vorstellungen entspricht. Die Bessergestellten verschanzen sich zunehmend hinter hohen Mauern und Stacheldraht in Gated Communities, zu denen kein öffentlicher Zugang besteht.

Derselbe Mechanismus der Privatisierung, Einhegung und Vertreibung trifft auf öffentliche Plätze und bislang unbebaute Flächen zu, falls sich ein Investor findet, der sie bebaut und verwertet. Die Vorstellungskraft kennt keine Grenzen. Mega-Projekte wie die Errichtung einer vollkommen neuen Millionenstadt im Norden Istanbuls oder der Bau eines Kanals, der parallel zum Bosphorus eine zweite Wasserverbindung zwischen Schwarzem Meer und dem Marmara-Becken schaffen soll, mit Luxuswohnungen und Yachthäfen, gehören zu dieser Wachstumsvision. Daneben wird eine dritte Brücke über den Bosphorus gebaut, für die Millionen Bäume in einem ohnehin waldarmen

Land gefällt werden, und die die Frischluftzufuhr und die Wasserreservoirie der gesamten Stadt gefährdet. Die Regierung selbst bezeichnet ihre Projekte als ‚verrückt‘, im Sinne von ‚das unmöglich erscheinende möglich machen‘. Tatsächlich ist das absehbare Wachstum der Bevölkerung Istanbuls von derzeit 14 auf dann 20 oder mehr Millionen EinwohnerInnen auch im herkömmlichen Sinne verrückt, denn es bedeutet eine Konzentration von 1/4 der Gesamtbevölkerung der Türkei auf einen Prozent der Gesamtfläche. Ein dritter Flughafen im Norden der Stadt, der weltweit größte - darunter geht es nicht - soll folgen. Unabhängig davon, ob diese ‚verrückten‘ Wachstumsvisionen sich umsetzen lassen, einen gesetzlich vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsplan für diese Projekte gibt es genauso wenig wie eine Antwort auf die Frage, wie diese Stadt eigentlich versorgt werden soll. Tatsache ist, dass nicht nur in Istanbul unter staatlicher Federführung »Stadterneuerungsprogramme« durchgeführt werden, die den festen Willen bezeugen, den Bausektor um jeden Preis zu fördern.

Dass diese Nach-mir-die-Sintflut-Logik trotz der vielfältigen Betroffenheiten und durchaus stattfindender lokaler Proteste dennoch so viele AnhängerInnen findet - schließlich erhielt die AKP die Unterstützung von einer Hälfte der WählerInnen und zugleich ist nicht erkennbar, dass die andere Hälfte komplett gegen diese Logik stünde - liegt offenbar auch an einem Konsumboom, der seit nahezu einer Dekade anhält und selbst denjenigen eine gewisse Kompensation zu bieten scheint, die an anderer Stelle Einschnitte hinnehmen müssen. Allerdings wird ein erheblicher Teil dieses Booms auf Pump finanziert. In der vergangenen Dekade hat eine rasant beschleunigte Verschuldung von Privathaushalten stattgefunden, deren Verschuldungsstand von etwa 4,5 Mrd. \$ im Jahr 2003 auf 140 Mrd. \$ im Jahr 2012 angewachsen ist. Die Verschuldung ist eine Bedingung des Wachstums und ermöglicht trotz unzureichender Einkommen auch denjenigen Partizipation, die es sich eigentlich nicht leisten können. Die Konsequenz ist eine langfristige Verschuldung und der immanente Zwang, diese Art des Wachstums durch kapitalistische Landnahme fortzusetzen. Der Bausektor ist zur zentralen ökonomischen Triebfeder geworden, an der direkt oder indirekt Millionen Arbeitsplätze hängen. Kommt der Bauboom zu einem Ende oder wird aus anderen Gründen eine ökonomische Krise ausgelöst, droht vielen der Einkommensverlust und die Gefahr, von ihren historisch einzigartigen Schuldenbergen erdrückt zu werden.

GESELLSCHAFTSPROJEKT ISLAMISCHER KONSERVATISMUS

Mit der Besetzung des Gezi-Parks wurde dieser Raum dem kapitalistischen Verwertungsprozess zunächst entzogen und ein zentraler Nerv des ökonomischen Entwicklungsmodells getroffen. Die Besetzung war gleichzeitig das einzige zur Verfügung stehende Mittel, um das illegale Bauvorhaben zu verhindern. Die Polizeigewalt gegen die Parkbesetzung und der darin zum Ausdruck kommende Autoritarismus waren ein Grund für die Transformation der Besetzung zu einem Aufstand im ganzen Land. Ausschlaggebend für die landesweite Solidarisierung war jedoch, dass die AKP alle Schleier auf einmal fallen ließ und sich, anders als in den Jahren zuvor, nicht mal mehr den Anschein einer dialogbereiten Partei gab. Stattdessen ging sie in die Offensive und kündigte weitere Schritte zur Umsetzung ihres islamisch-konservativen Gesellschaftsprojekts an. Der islamische Konservatismus bildet das kulturelle Bindeglied zwischen der Erziehung zu einer berechenbaren Gesellschaft und der kapitalistischen Wachstumslogik.

Der angekündigte Nachbau einer osmanischen Kaserne, deren Architektur die Shopping Mall übernehmen sollte, symbolisiert dieses Projekt und zeigt exemplarisch auf, wie die AKP kapitalistisches Wachstum und islamischen Konservatismus in der Umstrukturierung des Raums miteinander verbindet. Die Aggressivität dieses Projekts und die in ihm enthaltenen Eroberungsfantasien - mit freimütigem Bezug zu osmanischen Feldzügen - wurden noch drastischer während der Grundsteinlegung der dritten Brücke über den Bosphorus offengelegt. Am Tag der Parkbesetzung verkündete der Staatspräsident Gül in einer staatlichen Zeremonie, mit dem Ministerpräsidenten Erdoğan zur Seite und dem obersten staatlich-sunnitischen Religionswächter im Rücken, dass die neue Brücke den Namen des osmanischen Sultans Yavuz Sultan Selim tragen werde. Der Sultan ist in das kollektive Gedächtnis der AlevitInnen eingegraben als derjenige, der die größten Massaker an der alevitischen Bevölkerung Anatoliens ausrichten ließ. Die Unverfrorenheit, mit der die AKP sich dieser Figur bemächtigte, krönt ihr Islamisierungsprojekt. Es folgte die Ankündigung, eine Moschee anstelle des seit Jahren stillgelegten Atatürk-Kulturzentrums am Taksim-Platz zu bauen, womit der sich ohnehin ohnmächtig vorkommenden säkularen Bevölkerung erneut deutlich gemacht wurde, dass die neue Türkei nicht die ihre ist.

Der Verweis des Ministerpräsidenten auf den Koran zur Begründung des Verbots von Alkoholkonsum im

Freien erhob kurz zuvor die Scharia zur legitimen Grundlage gesetzlicher Regelungen. Es handelte sich hierbei nicht um einen Ausrutscher. Die AKP legte schon sehr früh offen, welche Rolle Religion für ihre Politik spielt. Bereits 2004 initiierte sie ein Gesetz, das Ehebruch unter Strafe stellen sollte mit Bezugnahme auf islamische Rechtstraditionen. Dieser erste Vorstoß scheiterte nach heftigen Protesten, was nicht bedeutete, dass die Formierung der Gesellschaft mittels religiöser Inhalte als Entwicklungsziel aufgegeben wurde. Die laizistische Opposition in der Türkei, die nationalistische Demonstrationen gepaart mit einer Atatürkmanie organisierte, hat sehr dazu beigetragen, dass eine fundierte Kritik an dieser schleichenden Islamisierung in hysterischer Manier überdeckt werden konnte.

Um einen Eindruck von der Zielstrebigkeit und dem Ausmaß der Sunnitisierungspolitik zu erlangen, ist ein Blick auf die zentrale, aber nicht einzige Institution für die Umsetzung dieser Politik hilfreich. Gemeint ist die sunnitische Religionsbehörde, die mit 120.000 Angestellten alle Moscheen des Landes personell besetzt und mit einem Budget ausgestattet ist, das seit einer Dekade jedes Jahr überdurchschnittlich (ca. 20% pro Jahr) erhöht wird. Unter der AKP wurde der Aufgabenbereich der Behörde kontinuierlich erweitert. Die neue Institution des Familienpredigers soll religiöse Dienstleistungen aus den Mauern der Moschee hinaus auf die Straße und in die Häuser tragen. Neue Kooperationsabkommen mit dem Familien- und Sozialministerium sowie dem Gesundheitsministerium verbinden die Pflege- und Sorgearbeit ebenso wie staatliche Unterstützungsleistungen an Mütter mit ‚religiöser Seelsorge‘. Daneben laufen Pilotprojekte, die die Regulierung sozialer Konflikte durch Religionswächter vorsehen. Als Teil eines integralen Projekts kommt der Behörde die Aufgabe zu, keinen Lebensbereich von der Religion unberührt zu lassen. Die Kanalisierung allgemeiner Steuermittel für den Ausbau sunnitischer Institutionen - darunter Religionsschulen, an denen seit den 1970er Jahren mehrere Millionen religiöse Intellektuelle ausgebildet wurden, sowie Korankurse für Kinder - ist ein zentrales Mittel des Islamisierungsprojekts, das die AKP zwar nicht initiiert, aber enorm ausgebaut hat.

Die Verquickung des islamischen Konservatismus mit kapitalistischem Wachstum und nationalem Aufschwung kommt schließlich auch in der Bevölkerungspolitik zum Ausdruck. Die Türkei ist ein Niedriglohnland mit einem großen informellen Ar-

beitssektor, der nahezu die Hälfte der Werktätigen umfasst. Die Konkurrenz unter ihnen ist groß und das soll nach dem Willen der Regierung so bleiben. Auch zu diesem Zweck propagiert und fördert die Regierung eine sunnitisch-konservative Bevölkerungspolitik. Der Konservatismus tritt in der Förderung der Kernfamilie als einzig legitime Form des Zusammenlebens besonders deutlich hervor. Die Familie soll der Hort sein, in dem sunnitische Werte weitergegeben und vor allen Dingen viele Kinder - mindestens drei - gezeugt werden. Auf diese Weise soll ein stetiges Bevölkerungswachstum erreicht werden, um den Nachschub an Arbeitskräften zu sichern. Frauen werden in dieser Perspektive auf die Funktion des Kinderkriegens und -hütens reduziert, außerhalb der heterosexuellen Norm stehende sexuelle Orientierungen werden dagegen als krankhaft bezeichnet und kriminalisiert.

Jede organisierte Alternative zu dieser bevölkerungspolitischen Herausforderung wird von der Regierung als Gefahr wahrgenommen. Sozialistische und feministische Kritik ebenso wie die von LGBT-Organisationen^[1] wird als Störfaktor gegenüber einer aufstrebenden Nation wahrgenommen, die noch Großes vorhat. Denn auf der anderen Seite ist für den heterosexuellen Mann vorgesehen, dass er für die Expansion der Türkei streitet. Die Regierung formuliert das Ziel der Reproduktion einer kriegerischen Nation, die sunnitisch ist und danach strebt, Patin für den gesamten Nahen und Mittleren Osten zu werden. Die neue Nation wird in der Tradition osmanischer Feldzüge offen auf Eroberung eingeschworen. Hinter diesen Expansionszielen stehen deutliche Interessen von Unternehmen, die die südlichen Nachbarstaaten mit Waren und Dienstleistungen beliefern und nach Wegen suchen, an der Ausbeutung der regionalen Energiereserven teilzuhaben. Die ideologische Artikulation und kulturelle Erziehung für diese Ziele sind der AKP anvertraut.

»SHOPPEN, BETEN, KINDERKRIEGEN« – WIDERSTAND AN DER BASIS

Die Entwicklungsziele der Regierung sind sehr ambitioniert. Sie rufen gleichzeitig eine Reihe von Konflikten und Widersprüchen hervor. Mit der Besetzung des Parks wurden die Fragen aufgeworfen, ob die kapitalistische Wachstumslogik um jeden Preis hingenommen werden soll und wo die Grenzen von »demokratischen« Mehrheiten liegen. Mit der landesweiten Solidarisierung wurde deutlich, dass der Versuch, die Bevölkerung in ein konservativ-islamisches Korsett

[1] LGBT steht für »Lesbian, Gay, Bi, Trans«.

einzuwängen, noch massiveren Widerstand hervorruft. Warum soll eine alevitische Bevölkerung für eine sunnitisch artikulierte Expansionsstrategie, die möglicherweise in einen regionalen Krieg führen wird, mobilisierbar sein? Warum soll die große säkulare Bevölkerungsgruppe sich diesen Zielen anschließen? Weshalb sollen Frauen sich einer Viele-Kinder-Politik und einem Platz am Herd beugen?

Mit dem Aufstand sind die Widersprüche der islamisch-konservativ artikulierten Wachstumslogik sichtbar geworden. »Shoppfen, Beten, Kinderkriegen«, so lautete ein Slogan auf dem Taksim-Platz, der die Leitlinien für die konforme Bevölkerung, die sich widerspruchslos in die Wachstums- und Expansionspolitik einreicht, parodierte. Gegen diese Zurichtung bot der Juni-Aufstand zum ersten Mal verschiedenen Gruppen – SozialistInnen, AnarchistInnen, FeministInnen, KemalistInnen, LGBT-Gruppen, alevitischen und kurdischen Organisationen sowie sehr vielen, die sich politisch nicht eindeutig zuordnen lassen - eine gemeinsame Plattform, um ihre spezifischen Anliegen einzubringen, während die staatlichen Institutionen ihnen versperrt sind.

Der Aufstand vermittelte eine Vorstellung, wie eine Opposition aussehen könnte, die verschiedene Belange miteinander verbindet, und wie der kemalistische Nationalismus aus seiner Verhärtung gelöst werden könnte. Vor dem Aufstand protestierten diverse Gruppen oftmals nur neben- oder gar gegeneinander. Protestierte die kurdische Bewegung, so war die ansonsten zwischen konservativen Islamisten, turkistischen Kemalisten und Faschisten gespaltene politische Landschaft wieder vereint. Protestierte die alevitische Bevölkerung gegen die staatliche sunnitische Assimilationspolitik, stand sie zumeist alleine da. Feministinnen und LGBT-Organisationen standen oftmals einem teilnahmslosen bis feindlichen patriarchalen Block gegenüber. Säkulare Gruppen, die gegen die reale Bedrohung ihrer Lebensweise durch islamistische Tugendwacht demonstrierten, isolierten sich selbst, da sie in einer chauvinistischen Überheblichkeit gegenüber der restlichen Bevölkerung feststeckten. Von der kapitalistischen Landnahme betroffene Gruppen kämpften hingegen zumeist isoliert voneinander; diverse linke Gruppierungen und kritische Gewerkschaften engagierten sich zwar unermüdlich, hinsichtlich ihrer Mobilisierungsfähigkeit waren sie jedoch an einem historischen Tiefpunkt angelangt.

Die Bebauung des Gezi-Parks wurde zumindest vorläufig verhindert. Dies ist ein Erfolg. Die Erfüllung

weiterer Forderungen, wie die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit auf öffentlichen Plätzen, ein Ende der Polizeigewalt und der Repression sind dagegen nicht in Sicht. Daneben fehlt weiterhin eine breit diskutierte Alternative zum kapitalistischen Wachstumsmodell, die einen Ausweg aus der Spirale von Landnahme und Verschuldung bieten könnte. Dies wäre jedoch dringend notwendig, um der zügellosen Zerstörung ökologischer Grundlagen Einhalt zu gebieten und die inneren Zwänge einer Politik zu überwinden, durch die soziale Reproduktionszusammenhänge ländlicher wie städtischer Bevölkerungsgruppen permanent umgewälzt werden.

Der größte bisherige Gewinn besteht darin, dass oppositionelle Gruppen zusammenkamen, voneinander lernten und sich annäherten. Dies macht die Brisanz des Aufstands aus und erklärt zugleich, warum die Reaktion der Regierung so scharf ausfällt. Zumal die Präsenz organisierter anti-kapitalistischer Muslime auf dem Taksim-Platz, die zahlenmäßig zwar eine winzige Gruppe darstellen, dennoch eine hörbare islamische Kritik gegen zügellose Bereicherung formulieren, die AKP sehr beunruhigt hat, gerade weil gläubige Teile der Unterschichten weiterhin zu ihrer sozialen Basis zählen. Die ungebrochene Anbindung der gläubigen Unterschichten an die AKP trotz einer offensichtlichen sozialen Kluft zur Kernklientel der Partei, die von der gut situierten religiösen Mittelklasse gebildet wird, liegt auch an der kemalistischen Borniertheit, die Religiosität mit Rückständigkeit gleichsetzt. Die von den KemalistInnen ausgeübte alltägliche Erniedrigung bindet die gläubigen Unterschichten an die konservativen IslamistInnen, von denen sie zumindest kulturelle Anerkennung erfahren.

Welche langfristigen Schlüsse die kemalistische Bevölkerung aus dieser Erfahrung gemeinsamer Widerstandstage zieht, an denen sie Seite an Seite mit der ansonsten als feindlich wahrgenommenen kurdischen Bewegung und anti-kapitalistischen Muslimen kämpfte, wird sich noch zeigen müssen. Sicher ist, dass der bornierte Laizismus den islamisch-konservativen Block festigt, indem Feindbilder aufrechterhalten werden, während die Spaltung der Opposition es der Regierung leicht macht, verschiedene Anliegen einzeln zu bekämpfen oder gar gegeneinander auszuspielen. Der Aufstand hat gezeigt, wie eine Gegenstrategie aussehen könnte: Indem eine Bewegung entsteht, die sich öffentliche Räume auf kollektive Weise wieder aneignet und dabei gemeinsam Lernprozesse durchmacht. Die erlebte Solidarität während der bru-

talen Polizeieinsätze, die wenn auch nur für kurze Zeit ausprobierten Formen der Selbstermächtigung und Selbstorganisation sind möglich geworden, indem ein Park besetzt wurde, der enteignet und privatisiert werden sollte. Wenn es solche Orte kollektiver Praxis geben soll, durch die es möglich wird, die vielzähligen ideologischen Spaltungslinien zu überwinden und neue Kompromisse im Zusammenleben zu erproben, dann braucht es offenbar auch räumliche Grenzüberschreitungen, die sowohl der Privatisierung des Öffentlichen als auch der sozialen Segregation nach Kaufkraft entgegentreten.

Die polizeiliche Niederschlagung und die anschließenden Verhaftungen konnten bislang nicht verhindern, dass solche Überschreitungen und Zusammenkünfte weiterhin stattfinden. In regelmäßigen öffentlichen Versammlungen in vielen Stadtparks, hauptsächlich, aber nicht nur in Istanbul, wird derzeit rege debattiert, wie es gelingen kann, die Praxis des Widerstands aufrechtzuerhalten und sie gleichzeitig gezielter und bewusster einzusetzen. Die Parkforen sind Stätten, aus denen neue Initiativen gegen lokale Gentrifizierungsprojekte und den Vormarsch des Islamisierungsprojekts in Schulen und anderen Institutionen hervorgehen, die einen Austausch über verhärtete Spaltungslinien hinaus ermöglichen und verschiedenen Gruppen eine Plattform bieten, ihre Anliegen breiter zu thematisieren als dies bisher möglich war. Noch ist unklar, ob diese Dynamik sich halten und weiter entwickeln wird, ob aus den Foren möglicherweise Stadtteilräte erwachsen können, die sich untereinander vernetzen, sich gar mit den Dörfern solidarisieren. Dass die üblichen Formen professionalisierter Politik sich in einer Sackgasse befinden und rechtsstaatliche Mittel de facto ausgehebelt sind, macht das Entstehen einer Bewegung an der Basis nicht nur zur hoffnungsvollen Alternative sondern zur Notwendigkeit. ■■■

Der Artikel erschien zuerst bei: www.links-netz.de

BAUWIRTSCHAFT, ISLAMISMUS UND DIE TÜRKISCHE BOURGEOISIE

VON İSMAİL DOĞA KARATEPE

Um die zentrale Stellung der Bauindustrie für die neueren Entwicklungen in der Türkei zu begreifen, sollten vier zusammenhängende Aspekte in Betracht gezogen werden. Erstens die globale Tendenz zur neoliberalen Umgestaltung von Raum; zweitens der seit zehn Jahren anhaltende Bauboom in der Türkei; drittens die Rolle der seit 2002 regierenden islamisch-konservativen AKP; und viertens das Engagement der türkischen Bourgeoisie (Fraktionen der Bourgeoisie) in der Bauindustrie. In dieser kurzen Übersicht werde ich den ersten Aspekt, also die globale Tendenz zur neoliberalen Umgestaltung von Raum und Finanzialisierung des Immobiliensektors, auslassen und die Betrachtung ganz auf die Türkei konzentrieren [1].

BAUBOOM IN DER TÜRKEI

Es ist weithin akzeptiert, dass in Entwicklungsländern eine positive Beziehung zwischen den Wachstumsraten der Bauindustrie und des Bruttoinlandsprodukts (BIP) besteht. In der Türkei trägt die Bauindustrie sowohl direkt als auch indirekt zum Wirtschaftswachstum bei. Der indirekte Beitrag wird über Verbindungen zu anderen Sektoren wie dem Transportwesen, der Herstellung von Zement und Keramik und dem Abbau von Erzen geleistet. Aus Tabelle 1 lässt sich eine Korrelation zwischen der Entwicklung des BIP und der Bauindustrie ablesen. Die Bauindustrie hält einen Anteil von nicht weniger als 5% am BIP. Die Daten zeigen auch auf, dass der Bauboom durch die globale Krise nur kurzfristig unterbrochen wurde.

ROLLE DER AKP-REGIERUNGEN IN DER BAUINDUSTRIE

Der Immobiliensektor gilt weithin als die treibende Kraft des Baubooms. Die AKP-Regierungen stimulieren diesen Boom, indem sie die direkte Beteiligung staatlicher Organisationen ausbauen und private Unternehmen ermutigen, urbane Restrukturierungsprojekte im großen Stil zu entwickeln. Unter der Ägide der AKP wurden mehrere Reformen zur Förderung von Bauaktivitäten durchgeführt. Der überwiegende Teil dieser Reformen besteht in der Deregulierung von Vorgaben zur Stadtplanung und -entwicklung, die als bloßer bürokratischer Überhang betrachtet werden. Noch auffallender ist, dass direkte Eingriffe der Regierung in die Bauindustrie drastisch ausgeweitet wurden. Dem staatlichen Agenten TOKİ (Behörde zur Verwaltung des Siedlungsbaus) kommt in diesem Zusammenhang eine herausgehobene Stellung zu. Ursprünglich war die 1984 gegründete Behörde für den sozialen Wohnungsbau zuständig. Zwischen 1984 und 2002 hielt TOKİ einen Anteil von 0,6% Prozent am Wohnungsbau. Im Jahr 2004 stieg dieser Anteil steil auf 24,7% an. Seit der Regierungszeit der AKP hat TOKİ mehr als 500.000 Wohneinheiten im Wert von 35 Mrd. \$ gebaut.

Einige von der AKP verabschiedete Gesetze zum Ausbau der Befugnisse von TOKİ ermöglichen der Regierung effizientere Eingriffe in die Bauindustrie. Daneben wurde TOKİ zu einem gewichtigen Finanzakteur erhoben. Zunächst wurde 2002 der führende Immobilienfonds (Emlak GYO A.Ş.), ebenfalls ein öffentliches Unternehmen, in TOKİ eingegliedert.

Tabelle 1: Makroökonomische Indikatoren (1000 TL, Basisjahr 1998)

Jahr	Volumen der Bauindustrie	BIP (zu konstanten Preisen)	BIP Wachstumsrate %	Bauindustrie Wachstumsjahre %	Anteil Bauindustrie am BIP %
2002	3.903.516	72.519.831	6,2	13,9	5,4
2003	4.207.040	76.338.193	5,3	7,8	5,5
2004	4.801.693	83.485.591	9,4	14,1	5,8
2005	5.250.284	90.499.731	8,4	9,3	5,8
2006	6.220.955	96.738.320	6,9	18,5	6,4
2007	6.573.647	101.254.625	4,7	5,7	6,5
2008	6.040.811	101.921.730	0,7	-8,1	5,9
2009	5.067.196	97.003.114	-4,8	-16,1	5,2
2010	5.996.258	105.885.644	9,2	18,3	5,7
2011	6.688.257	115.174.724	8,8	11,5	5,8
2012	6.725.099	117.674.715	2,2	0,6	5,7

[1] Eine ausführlichere Version dieses Artikels befindet sich hier: <http://turkeyconference2013.worldeconomicsassociation.org/papers/islamists-state-and-bourgeoisie-the-construction-industry-in-turkey/>

Dies ermöglichte die Kanalisierung von Finanzkapital in die Bauindustrie und vice versa. Im Rahmen des 2007 erlassenen Hypothekengesetzes wurde TOKİ dann selbst zur Ausführung finanzieller Operationen autorisiert, darunter die Ausgabe von Wertpapieren.

Die unter der AKP durchgeführte Re-Positionierung der Behörde verleiht dieser einige Privilegien gegenüber anderen Akteuren des Bausektors. Sozialer Wohnungsbau ist zwar der offizielle Zweck, für den die Behörde geschaffen wurde. Mit ihm wird ihre privilegierte Position gerechtfertigt. Dieser Rechtfertigung widerspricht allerdings, dass TOKİ in den am wenigsten entwickelten Regionen der Türkei kaum investiert. Noch auffallender ist, dass die meisten von TOKİ gebauten Häuser nicht etwa für die unteren Einkommensgruppen konzipiert wurden, wie es ihrem offiziellen Auftrag entspräche, sondern für die mittleren und oberen Gruppen.

Unter der AKP entwickelte sich TOKİ zu einem herausragenden Akteur im gesamten Bausektor. Nach Angaben der Behörde entsprechen die bis September 2012 gebauten Wohneinheiten (mehr als 500.000) 22 neuen Städten mit jeweils 100.000 Einwohnern. Zum Vergleich: zwischen 1984 und 2002, dem Jahr der Regierungsübernahme durch die AKP, wurden gerade mal 43.145 Wohneinheiten gebaut, weniger als ein Zehntel also. TOKİ ist zu einem gigantischen öffentlichen Unternehmen geworden – weit über den Sozialwohnungsbau hinaus. Diese Tatsache wird sowohl durch eine große Anzahl von ihr errichteter, nicht dem Wohnzweck dienender Gebäude wie Moscheen und Krankenhäuser, als auch durch die erweiterte Autorisierung für Finanzgeschäfte und die direkte Beteiligung an Gentrifizierungsprojekten unterstrichen.

BAUINDUSTRIE UND ISLAMISMUS

Die in den großen Städten auch unter der Leitung von TOKİ errichteten Betonwüsten erscheinen wie eine qualitativ miese Imitation Europas der Nachkriegszeit. Durch die Lektüre mancher islamistischer Schriftsteller gewinnt man den Eindruck, ein solcher Baustil, der den Aufbau der Städte auf „moderne“ Weise transformiert, müsste islamistischer Politik widersprechen. Tatsächlich haben einige islamistische Intellektuelle kritisiert, dass die Errichtung von Betonblöcken eine massive Zerstörung der Umwelt, traditioneller Nachbarschaftsbeziehungen sowie von kulturellem und familiärem Zusammenhalt nach sich ziehe. Die Folge dieser Bautätigkeit sei eine Zerstörung von Wer-

ten, auf die der Islam gründe. Kurzum, diese Art zu bauen widerspricht den einstmaligen Empfehlungen prominenter islamisch-konservativer Architekten und Städteplaner prinzipiell. Sie entspricht vielmehr den Vorstellungen derjenigen, die den Hochhausbau als Bedingung für zeitgemäße Zivilisation, als unbedingtes Modernisierungsziel erachten. Gerade gegen diese Logik haben einige Islamisten lange Zeit argumentiert.

Allerdings sind diese Intellektuellen weder eine Referenz für die AKP noch für die politische Tradition, an die sie anschließt. Vielmehr befindet sich die engagierte Betätigung der AKP im hochhinausschießenden Bausektor in Übereinstimmung mit ihrer politischen Tradition. Im Gegensatz zu manchen islamistischen Intellektuellen hat diese Tradition, in der die AKP und ihre Vorläuferparteien stehen, niemals ernsthaft das über die gesamte Republikära hegemonale Modernisierungsparadigma infrage gestellt. Ganz im Gegenteil: Die Rechtfertigung der atemberaubend schnellen, „modernisierenden“ Umgestaltung der Städte bildet einen Hauptstrang des von islamistischen Politikern, darunter auch Tayyip Erdoğan, bemühten Diskurses.

DIE TÜRKISCHE BOURGEOISIE

In der neoliberalen Ära wurde die Türkei zum Schauplatz des Entstehens einer neuen Bourgeoisie, weit hin bekannt als Anatolische Bourgeoisie, Grünes oder Islamisches Kapital oder Anatolische Tiger. Die Bezeichnung „anatolisch“ bezieht sich auf einen bestimmten Raum, dem Städte wie Konya, Kayseri und Denizli angehören, die als traditionelle Hochburgen islamistischer Politik gelten. Ein gewichtiger Anteil der zum Anatolischen Kapital hinzugezählten Unternehmen steht direkt oder indirekt in Verbindung mit islamistischen Sekten bzw. Netzwerken. Der 1990 gegründete Unternehmerverband MÜSİAD (Verband Unabhängiger Industrieller und Unternehmer) bildet ein Netzwerk zwischen diesen Unternehmen aus verschiedenen Städten und stellt den fürs Geschäft zuständigen Zweig islamistischer Politik dar. Die Wahlsiege der AKP – bei kommunalen wie nationalen Wahlen – und die Debatte über den Aufstieg der Anatolischen Bourgeoisie gehen Hand in Hand. So unterstützte diese Bourgeoisie mit finanziellen und diskursiven Mitteln die AKP und trug maßgeblich zu deren Wahlsiegen bei.

Die Anatolische Bourgeoisie hatte nach dem Putsch im Jahr 1980 dank finanzieller Freiheiten und laxer

Regulation ein günstiges ökonomisches Umfeld vorgefunden. Die Bauindustrie ist seit jeher ein prominentes Feld, auf dem diese Bourgeoisie operiert. Der seit zehn Jahren anhaltende Bauboom hat dieser Gruppe verbesserte Bedingungen für die Akkumulation von Kapital bereitgestellt. Ein substantieller Anteil der im Bausektor engagierten Firmen (bspw. İhlas, Çalık, Kiler, Kombassan) hat einen anatolischen Ausgangspunkt und steht in Verbindung mit religiösen Netzwerken. Diese Firmen üben offensichtlich einen nennenswerten Einfluss auf die AKP aus. Sie werden bei der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen bevorzugt. So scheint ein Klientelnetzwerk rund um die beschleunigten Bautätigkeiten entstanden zu sein, dem auch Korruptionsvorwürfe nichts anhaben können.

Durch die Querverbindungen zu anderen Wirtschaftssektoren profitieren allerdings auch andere Fraktionen der türkischen Bourgeoisie vom Bauboom. Die Vergabe von Krediten und Verbindungen zum Hypothekenmarkt verleihen dem Bausektor eine treibende Dynamik in der Finanzialisierung. Finanzgeschäfte werden wiederum hauptsächlich von den großen Konglomeraten betrieben, die nicht zur Anatolischen Bourgeoisie gezählt werden. Daher wäre es irreführend zu behaupten, der Bauboom nutze lediglich der Kapitalfraktion, die der Regierung ideologisch nahesteht.

Der anhaltende Bauboom nimmt eine immer prominentere Rolle in der Politik ein. Die Ankündigung neuer Megaprojekte (bspw. Kanal Istanbul, eine parallel zum Bosphorus verlaufende zweite Wasserstraße) wurde kurz vor den letzten Parlamentswahlen inszeniert. Insbesondere in den großen Städten steht der Bauboom für die Verdrängung von Einwohnern aus ihren angestammten Stadtvierteln und für Umweltzerstörung großen Ausmaßes. Dennoch kommt dem Boom eine wichtige Rolle in der Aufrechterhaltung von Hegemonie zu. Andererseits ist die nicht nur für die türkische Bourgeoisie bedeutsame Bauindustrie mit den jüngsten Protesten stärker in den Fokus oppositioneller Politik gerückt. So sind die Besetzung des Gezi-Parks und die darauffolgenden Demonstrationen eine neue Herausforderung der über den Bausektor stabilisierten Hegemonie. ■

PRIMAT DER ORDNUNG: DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE TÜRKISCHE JUNI-REVOLTE

VON AXEL GEHRING

Im Sommer 2013 waren die landesweiten Massenproteste, die im Istanbuler Gezi-Park ihren Ausgangspunkt genommen hatten, systematisch von der regierenden AKP niedergeschlagen worden. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen setzte sie die paramilitärische Gendarmerie ein und drohte mit dem Einsatz der Streitkräfte gegen die Protestierenden. Die in Europa verbreitete Vorstellung eines Demokratisierungsprojektes unter Führung einer »moderat-islamischen« Partei ist beschädigt. Die AKP galt nicht wenigen in den Staaten Europas als Prototyp einer Partei, die Islam und Demokratie miteinander verschmolz und die Interessen einer primär als »islamisch-religiös« wahrgenommenen »Normalbevölkerung« gegenüber den »säkularen Eliten« und dem »militärischen Establishment« repräsentierte. Und obgleich das EU-Beitrittsprojekt mit den Jahren an Dynamik verloren hatte, galt die AKP als die Kraft, die eine sich unter Schwierigkeiten demokratisierende Türkei so nahe wie keine andere Partei zuvor an die EU herangeführt hatte.

Die türkische Protestbewegung hat durch ihren Widerstand erreicht, das dieses Bild, das in der Türkei schon lange unglaublich war, nun auch im »Westen« in Frage gestellt werden kann. Ebenso stellt sie eine Herausforderung für die etablierte politische Kultur in der Türkei dar. Dennoch bleibt festzuhalten: Die AKP regiert weiterhin. Auch ist es zu früh zu behaupten, die Hegemonie jenes europäischen Diskurses, der in dieser Partei eine demokratische Reformkraft sieht, sei gebrochen. Häufig wird außerhalb der Türkei die Initiative zur Repression der Proteste einem radikalen Flügel innerhalb der AKP zugeschrieben, dem die Milli Görüş Bewegung und Ministerpräsident Erdoğan angehören. So setzen nicht wenige konservative KommentatorInnen, wie Rainer Herrman (FAZ), ihre Hoffnungen auf einen »moderaten Flügel« unter Führung des Präsidenten Abdullah Gül, und einige gar auf eine stärkere Rolle der islamistischen Gülen-Bewegung in der AKP, die ihrer Ansicht nach einen modernen EU-fähigen Reform-Islam verkörpert. Diesen Einschätzungen liegt zugrunde, die AKP als primäre Partnerin und Adressatin europäischer Politik wahrzunehmen. Mehr Sympathien für die Bewegung zeigten Teile des linksliberalen Spektrums: Auf

dem Höhepunkt der Proteste, an denen sie selbst teilnahm, erklärte die damalige Vorsitzende der Grünen, Claudia Roth, gegenüber dem kemalistischen Sender Halkhaber, die Demonstrierenden seien in besonderer Weise reif für die EU.

Obwohl beide Ansätze sehr unterschiedliche Präferenzen gegenüber Regierung und Protestbewegung ausdrücken, basiert ihre Wahrnehmung der Rolle der EU auf einer ähnlichen Prämisse: Die EU wird als zentrale Akteurin für die Etablierung von Demokratie und Grundrechten in der Türkei gesehen.

Diese Erwartungen stützen sich zu einem erheblichen Teil auf einige ebenso häufig wie selektiv zitierte Passagen der Kopenhagener Kriterien. Diese Kriterien sind eine politisch-demokratische Konditionalität (Vorbedingung) für beitretende Staaten. Darüber hinaus werden die finanzielle Förderung einzelner zivilgesellschaftlicher Projekte sowie die direkte oder indirekte Beteiligung der EU an isolierten Maßnahmen, wie zum Beispiel dem Monitoring von Menschenrechtsstandards auf (einzelnen) Polizeistationen, angeführt. Im Kontrast zu diesen Prämissen ist die EU jedoch während der Niederschlagung der Revolte kaum in Erscheinungen getreten. Nur die Eröffnung eines Beitrittskapitels wurde symbolisch um wenige Monate verschoben, und der jüngste Türkei-Fortschrittsbericht der EU-Kommission ist überaus milde ausgefallen. Dies wirft Fragen nach der Glaubwürdigkeit einer umfassenden Demokratisierungsperspektive auf. Und diese Fragen wurden nicht zuletzt von der Protestbewegung selbst gestellt, die in ihrem Wirken eine antiautoritäre mit einer antineoliberalen Dimension verband. Insofern kann die Rolle der EU während und nach der türkischen Juni-Revolution nicht ohne diese Dimension verstanden werden.

Dies gilt insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass sich mit der Krise des Neoliberalismus in der EU selbst neue Formen autoritärer Staatlichkeit ausbilden. Außerdem regeln die meisten zwischen Türkei und der EU geschlossenen Verträge wie auch die Kriterien von Kopenhagen[1] primär nicht etwa Grundrechte, sondern die alternativlose Neoliberalisierung der Ökonomie. Zur vielbeschworenen politischen

[1] »Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Mitgliedschaft setzt außerdem voraus, dass die einzelnen Beitritts-

Konditionalität gehört dabei auch die Verteidigung dieser in der Türkei per Militärputsch eingeführten neoliberalen Ordnung, gegen die sich die Proteste maßgeblich gerichtet haben.

NEOLIBERALISIERUNG DURCH EUROPÄISIERUNG –
EUROPÄISIERUNG DURCH NEOLIBERALISIERUNG

Im Gegensatz zur türkischen Debatte findet in der deutschen Debatte die enge Beziehung zwischen dem EU-Beitritts-Projekt der Türkei und dem fort dauernden Neoliberalisierungsprozess kaum Beachtung. Bereits 1963 war zwischen Brüssel und Ankara ein Assoziierungsabkommen geschlossen worden, das neben einer vagen Beitrittsperspektive vor allem die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Zollunion beinhaltete. Die Türkei verfolgte jedoch eine Politik binnenorientierter Industrialisierung, die nicht nur von den gesellschaftlichen Eliten, sondern auch von weiten Teilen der organisierten politischen Linken (und Rechten) getragen wurde. Die durch das Assoziierungsabkommen eingegangenen Verpflichtungen zu ökonomischer Liberalisierung wurden in der Türkei kaum in Form wirksamer Politik umgesetzt. Auch die EG maß den Beziehungen zu Ankara nur wenig Priorität bei, denn der türkische Markt war klein. Erst durch das Scheitern der türkischen Industrialisierungsstrategie Ende der 1970er Jahre wurden die Voraussetzungen für einen Neustart der Beziehungen zur EG geschaffen. Diese Krise veranlasste die führenden Kapital-Konglomerate in der Türkei und inzwischen auch die türkische Regierung dazu, sich nicht länger den Kreditbedingungen der internationalen Finanzinstitutionen zu verschließen. Sie stellten Kredite gegen Strukturanpassungsmaßnahmen bereit, die auf eine neoliberale Neuausrichtung der türkischen Wirtschaft zielten. Dieses Programm war 1980 letztlich nur auf dem Weg des Militärputsches durchsetzbar. Zu viele gesellschaftliche Konflikte, darunter auch die immer stärker politisierte Kurdische Frage, blockierten die störungsfreie Umsetzung der neoliberalen Agenda. Erst über den Militärputsch konnte jener repressive gesellschaftliche Friede hergestellt werden, der den eigentlichen Beginn der Strukturreformen ermöglichte. Die Militärjunta zerschlug die politische Linke und erstickte so die organisierte Opposition gegen die Strukturreformen im Keim. Eine neue repressive Verfassung sicherte dieses Ergebnis über den Abtritt der Junta (1983) hinaus ab. In den Jahren unmittelbar nach dem Militärputsch vollzog sich zunächst eine relativ rasche Erholung der türkischen Ökonomie, obwohl das Ziel der Exportorientierung nicht erreicht wurde und hohe Defizite weiter die Handelsbilanz be-

stimmten. Während die sozialen Kosten für die Reformen weitgehend von der Bevölkerung getragen wurden, zum Beispiel durch drastische Lohneinbußen und Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen, hatten die ab 1980 eingeleiteten Veränderungen die Beziehungen zwischen Ankara und Brüssel aus ihrer Lethargie befreit: Durch die Öffnung der türkischen Waren- und Finanzmärkte in den 1980er Jahren konnten in den bisherigen Hauptstreitpunkten der Türkei-Assoziation große Fortschritte erzielt werden. Durch den Beitritt zur Zollunion der EU 1996 galten nun mit Freiem Warenverkehr, Freiem Kapital- und Zahlungsverkehr sowie Dienstleistungsfreiheit drei der vier so genannten Grundfreiheiten der Europäischen Union. Die Freizügigkeit im Personenverkehr war bezeichnenderweise davon ausgenommen. Mit diesen Grundfreiheiten musste das europäische Wirtschaftsrecht in der Türkei übernommen werden, womit die Entwicklung des türkischen Neoliberalismus eng an die sich ebenfalls rasant neoliberalisierende Europäische Integration gekoppelt wurde. Ökonomische Alternativen wurden damit de jure unterbunden. Dieser Neoliberalisierungsprozess in der Türkei durch die institutionalisierten Beziehungen zur EU ist auch im zentralen Interesse der führenden gesellschaftlichen Akteure in der Türkei gewesen. Er war seit den 1980er Jahren zielstrebig von ihnen betrieben worden.

Auch zentrale EU-Akteure hatten in den späten 1990er Jahren ein wachsendes Interesse daran, die Beziehungen zur Türkei weiter zu institutionalisieren. Während die großen europäischen Industrieverbände die Potentiale des türkischen Marktes erkannten, trat durch die sich damals verstärkende Tendenz der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik eine weitere Dimension hervor: Geopolitik. Deutschland und Frankreich verfolgten die Idee, die EU stärker als geopolitische und geoökonomische Akteurin in Konkurrenz zu den Vereinigten Staaten auszurichten. Hierfür schien die Türkei aufgrund ihrer geografischen Lage und ihrer großen und gut ausgestatteten Streitkräfte attraktiv. Großbritannien erhoffte sich von einer Integration der Türkei aufgrund ihrer politischen Nähe zu den USA eine Stärkung des transatlantischen Lagers in der EU. Gegensätzliche außenpolitische Interessen innerhalb der EU kreierten so zusätzliches Interesse an der Türkei. So verdichteten sich die verschiedenen Dimensionen der EU-Türkei-Beziehungen zu einem Beitrittsprojekt.

Im Gegensatz zu den transatlantischen Institutionen (Internationaler Währungsfond, Weltbank), deren

kandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können...« (Europäischer Rat, Kopenhagen Juni 1993, S. 13)

Strukturanpassungs-Agenda unmittelbar nach dem 1980er-Militärputsch umgesetzt worden war, stand die EU für Fortschritte in Demokratie und Menschenrechte. Von den Kopenhagener Kriterien nahm die türkische Öffentlichkeit Ende der 1990er Jahre vor allem jene war, die sich auf Rechtsstaat, Demokratie, Minderheitenschutz und Menschenrechte bezogen. Diese Konstellation stärkte so die Verbindung von Neoliberalisierung und Europäisierung und verankerte so das nun »alternativlose« neoliberale Regime. Nicht zuletzt deshalb konnten in den späten 1990er Jahren graduelle politische Liberalisierungen, zum Beispiel im Bereich des Strafrechtes oder der Versammlungsfreiheit, gewagt werden. Auch eine relativ umfassende Reform des Zivilrechtes wurde verabschiedet. Die Beitrittsperspektive hatte zumindest auf diesen Feldern einen Demokratisierungsprozess angestoßen. Während Linksliberale sich daher fest an das Europäisierungsprojekt banden und glaubten, durch ihr Bekenntnis zu Europa die klassischen Fehler der türkischen Linken überwunden zu haben, sah sich die EU-kritische Linke in der Türkei zunehmend isoliert – auch weil das Feld der EU-Kritik nationalistisch besetzt war.

DER LANGE WEG ZU GEZI: DIE EU UND DIE REFORMEN DER AKP-REGIERUNG

Während die Türkei seit dem EU-Gipfel von Helsinki (1999) den Status einer Beitrittskandidatin hatte, blieben zahlreiche Probleme ungelöst: Obwohl im kurdischen Osten nach eineinhalb Dekaden heftigen Bürgerkriegs eine relative Ruhe eingekehrt war, hatte dieser Krieg die Verschuldung des türkischen Staates erheblich erhöht. Staatsverschuldung und Außenhandelsdefizite konnten nur durch Zuflüsse von ausländischem Kapital gedeckt werden. Dies machte die Türkei anfällig für Schwankungen auf den internationalen Finanzmärkten, bereits verhältnismäßig kleine Abzüge von Kapital konnten ökonomische Krisen auslösen. Die bis heute schwerste dieser Art ereignete sich 2001. Nach plötzlichen Kapitalabflüssen, die zum Zusammenbruch des Bankensektors führten, brach das Bruttosozialprodukt um 8,5% ein, 800.000 Menschen verloren binnen kurzer Zeit ihre Arbeit, die Realeinkommen der Beschäftigten sanken erheblich. Auch dieses Mal wurden die Kosten der Krisenbewältigung primär von der lohnarbeitenden Bevölkerung getragen. Die türkische Regierung stimmte einem Strukturanpassungsprogramm von Weltbank und IWF zu und verlor daraufhin 2002 die Wahlen. Ein gutes Drittel der Wahlstimmen reichte der frisch gegründeten AKP zur Bildung ihrer ersten Regierung.

Anders als ihre Vorgängerin, die islamistische Wohlfahrtspartei, identifizierte sich die AKP aktiv mit dem neoliberalen Projekt und setzte die Politik der Strukturanpassung konsequent fort. International gelang ihr, jeden Zweifel an ihrer Selbstverpflichtung gegenüber der neoliberalen Wirtschaftspolitik zu zerstreuen. Konsequenterweise setzte sie die EU-Beitrittspolitik ihrer Vorgängerinnen-Koalition zunächst fort. Nicht zuletzt deshalb wurde sie in Europa nicht als islamistische Partei wahrgenommen. Viele Publikationen der damaligen Zeit sahen in ihr die Repräsentantin eines »anatolischen Calvinismus« oder gar einer »islamisch-demokratischen Moderne«. Manch politische Liberalisierungen (u.a. Abschaffung der Todesstrafe, Liberalisierung des Presserechtes) verknüpfte sie mit einem umfassenden Umbau der Staatsapparate. Dadurch konnte sie ihre Position gegenüber potentiellen Opponent_innen stärken. Zugleich relativierte dieser Umbau einige der vorangegangenen Liberalisierungen. [2] Erste islamistische Gesetzgebungsvorhaben – 2004 sollte z.B. der »Ehebruch« unter Strafe gestellt werden – scheiterten zunächst noch an gesellschaftlichen Widerständen. Gleichwohl waren weite Teile der säkularen und linken Öffentlichkeit in der Türkei alarmiert. Derweil galt innerhalb der EU bereits der schiefe Nichtvollzug einer radikalen islamistischen Wende als Beleg für den säkularen und demokratischen Charakter der Partei. [3] Im Jahr 2005 begannen schließlich die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU. Dieser diplomatische Erfolg wertete das internationale Ansehen der AKP weiter auf.

Ebenso stärkte dieser Status die Kreditwürdigkeit und den Ruf des Landes als attraktivem Investitionsstandort. Starke Zuflüsse ausländischen Kapitals, das mittels umfangreicher Privatisierungsprogramme ins Land gelockt worden war, trugen zu hohen Wachstumsraten bei. Dieses Wachstumsmodell setzte auf die Inwertsetzung von Naturressourcen und öffentlichen Flächen, auf hohen Privatkonsum und private Verschuldung sowie auf rasante Gentrifizierung in den großen Städten, allen voran Istanbul.

Obwohl sich dagegen wiederholt lokale Proteste richteten, fanden die ersten landesweiten Massenproteste erst 2007 unter der Führung von etablierten Mittelschichten (darunter viele pensionierte Militärangehörige) statt, von denen nicht wenige eine Deklassierung befürchteten. Sie führten gegen die von der AKP betriebene Politik der Neoliberalisierung, Islamisierung und des autoritären Umbaus der Staatsapparate einen ebenfalls autoritären kemalistisch-nationalistischen

[2] Auch die in Europa herrschende Fremdenfeindlichkeit gegenüber muslimischen Migrant_innen sowie die kemalistisch-nationalistische Aufladung säkularer Narrative in der Türkei, halfen im Ergebnis der AKP jene europäischen Meinungen für sich zu gewinnen, die sich im Spektrum der politischen Linken verorten.

Diskurs, der sich explizit gegen die EU richtete. Obwohl durch ein Memorandum der Streitkräfte unterstützt, wurden die Proteste sowohl von sämtlichen türkischen Unternehmensverbänden als auch allen relevanten EU-Akteuren abgelehnt. Vor dem Hintergrund hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten und des auf erhebliche Teile der Bevölkerung bedrohlich wirkenden kemalistischen Diskurses der Opposition gewann die AKP 2007 erneut die Wahlen.

Das EU-Beitrittsprojekt hatte zu diesem Zeitpunkt bereits an Dynamik verloren und fungierte primär als Anker, der den türkischen Neoliberalisierungsprozess extern absicherte. Dies war im Interesse beider Seiten: Die so genannte Post-Lissabon-Krise der Europäischen Integration hatte die Aufmerksamkeit der europäischen Akteure nach innen verschoben, eine von Geopolitik getriebene Integration der Türkei konnte warten. Auch für die AKP hatte das Beitrittsprojekt einen wichtigen Teil seiner Funktion bereits erfüllt: Die Transformation der Staatsapparate war fortgeschritten, die Position der Partei nach 2008 konsolidiert, und der weitere Umbau der Staatsapparate musste nicht mehr zwingend über EU-Imperative begründet werden.

Nach Konsolidierung ihrer Position war die AKP bemüht, die Wiederholung der 2007er-Massenkundgebungen zu verhindern, und die Möglichkeit eines weiteren Verbotsverfahrens gegen die Partei zu bannen. Den Vorwurf der Bildung einer terroristischen Vereinigung namens »Ergenekon« nutzte sie, um Verhaftungswellen gegen ihre GegnerInnen zu lancieren. Obwohl die Ermittlungen und die Verfahren von Beginn an rechtsstaatliche Standards unterliefen, wurden sie in ihrer Frühphase von der EU als Beleg für den Reformkurs der Türkei gewertet. Erst nach Jahren und mit der brutalen Zerschlagung kurdischer, gewerkschaftlicher und links-akademischer Organisationsstrukturen durch die sogenannten KCK-Operationen wuchsen innerhalb der EU und im liberalen Spektrum in der Türkei Zweifel am Charakter der Verhaftungswellen.

Demgegenüber wertete die EU-Kommission das 2010 erfolgreich durchgeführte Verfassungsreferendum als weiteren positiven Schritt, obwohl es noch nicht einmal von der AKP-Regierung als »EU-Reform« lanciert worden war. Beworben als Überwindung »der Putschistenverfassung von 1983« beschnitten die Verfassungsänderungen symbolisch einige Privilegien des Militärs, primär stellten sie aber einen direkten Zu-

griff der Regierung auf den Justizapparat sicher und schränkten Klagemöglichkeiten gegen die Inwertsetzung von Natur und öffentlichem Raum ein. Trotz einer ausgeprägt repressiven Kampagne, die jede Opposition gegen das Referendum in die Nähe zur Militärjunta rückte, fand es nur eine relativ knappe Mehrheit. Auch während der Wahlen des Jahres 2011 sollte es der AKP nicht mehr gelingen, ihre Unterstützung weiter auszubauen. Stattdessen verfestigten sich vom Herbst 2011 an die Krisentendenzen in der türkischen Ökonomie: Steigende Handelsbilanzdefizite und ein sinkender Wechselkurs haben seither die Wachstumsraten massiv einbrechen und unstetig werden lassen. Während der Akkumulationsprozess staatlicherseits durch stetig größere Bauprojekte stimuliert werden sollte, zeigten sich die ökologisch-räumlichen Grenzen dieses Wachstumsmodells immer deutlicher. Schließlich führten auch die sinkenden Verteilungsspielräume zu Spannungen zwischen regierungsnahen und regierungsfernen Kapitalfraktionen.

So begannen türkische Unternehmen, sich verstärkt auf die mediterran-arabischen Staaten zu orientieren, die als Absatz- und Investitionsraum attraktiv wurden. Die 2011 beginnenden politischen Umbrüche in diesen Staaten nutzte die AKP, um durch die Förderung ihrer Schwesterparteien selbst die Rolle einer Führungsmacht im arabisch-mediterranen Raum zu übernehmen und die ökonomische Expansion der türkischen Unternehmen in die Region politisch zu flankieren. Dabei bemühte sie ein »neosmanisches Projekt«, was zumindest symbolisch eine Abwendung von Europa suggerierte. Materiell hingegen passten die europäischen und türkischen Interessen im mediterran-arabischen Raum gut zueinander: Die EU versuchte zu verhindern, dass die arabischen Revolten sich zur Gefahr für und die bündnispolitische Orientierung der Staaten in der Region auswuchsen. In der Türkei unter der AKP schien die demokratische Inklusion einer primär als »religiös-konservativ« wahrgenommen Bevölkerung in marktliberales Entwicklungsmodell mit Erfolg umgesetzt worden zu sein. »Moderat islamische« Parteien stellen für die EU, wie auch die USA, die bevorzugten Bündnispartnerinnen in der Region dar. Nicht zuletzt dies führte seitens der türkischen Regierung zu der Selbstüberschätzung, sich am Sturz des syrischen Baath-Regimes beteiligen zu können. Tatsächlich trug die türkische Unterstützung rechter und islamistischer Fraktionen der syrischen Opposition im Ergebnis dazu bei, die Revolte gegen das Regime in einen konfessionell aufgeladenen Bürgerkrieg zu transformieren. Doch die

[3] Darüber hinaus verfügt das türkische Strafrecht über eine große Anzahl von »Reserveparagrafen«, wodurch Modifikationen einzelner Paragraphen nicht selten durch andere bestehende Gesetze häufig neutralisiert wurden, was die de facto »Simulation« von Reformprojekten ermöglicht. Exemplarisch sei der Paragraph 301 des türkischen Strafrechtes genannt. Im Falle seiner Streichung, gäbe es eine Reihe anderer zur Einschränkung der Meinungsfreiheit hinreichend taugliche Paragraphen.

von der AKP erhoffte direkte westliche Intervention fand nicht statt. In Europa wurde wenig bekannt, dass in der türkischen Bevölkerung die Monate und Wochen vor der Gezi-Protostwelle von einer wachsenden lagerübergreifenden Unzufriedenheit mit der türkischen Außenpolitik geprägt gewesen waren. Versuche der AKP, über die Stimulierung anti-alevitischer Stereotype Zustimmung für ihre Syrienpolitik zu generieren, trugen derweil auch in der Türkei zu wachsenden konfessionellen Spannungen bei. Die mit EU-Interessen harmonisierende »neosmanische« Außenpolitik sorgte so für wachsende Konflikte in der Türkei selbst. Unter anderem deshalb trat die türkische Regierung im Frühjahr in Verhandlungen mit der PKK – mit dem Ziel, die Lage im eigenen Land zu beruhigen und die Basis ihrer »neosmanischen« Außenpolitik zu verbreitern.

DIE TÜRKISCHE PROTESTBEWEGUNG IM SPIEGEL EUROPÄISCHER INTERESSEN

In diesem gesellschaftlichen Klima wurde der Polizeiangriff auf ein Protestcamp von StadtplanerInnen und UmweltschützerInnen zum Ausgangspunkt einer landesweiten Revolte. In der Verdrängung des Istanbuler Gezi-Parks durch eine Shoppingmall in Form einer osmanischen Kaserne verdichteten sich sowohl die Widerstände gegen neoliberale Stadtentwicklung als auch gegen die immer offenere Islamisierung des Alltäglichen und den riskanten türkischen Großmachtanspruch. Während die über Wochen dauernden Proteste mit einer für die meisten europäischen BeobachterInnen unerwarteten Härte niedergeschlagen wurden, befand sich die EU in schwierigen Situation: Die internationale Reputation ihrer Beitrittskandidatin war zerstört, und der Verbleib der AKP an der Regierung schien keineswegs sicher. Die insgesamt instabile Lage in der Region verschärfte die Besorgnis. In dieser Situation vermieden die EU-Regierungen alle politische Konsequenzen, die die türkische Regierung unter Druck gesetzt hätten. Dies wertete die AKP als Bestätigung ihrer Politik gegenüber der Protestbewegung. Trotz langfristiger ökonomischer und außenpolitischer Interessen war – angesichts der mit der Protestbewegung sympathisierenden öffentlichen Meinung – eine aktive Unterstützung der Regierung in der Aufstandsbekämpfung für die Regierungen der EU-Staaten keine Option. So bestimmte Passivität in der Causa Gezi in den darauffolgenden Monaten das Agieren der EU.

Allerdings konnte die EU ihre abwartende Haltung nur bis Oktober 2013 durchhalten: Die Umsetzung

der Entscheidung zur Eröffnung eines neuen Beitrittskapitels (Regionalpolitik) stand an. Ebenso zwang der jährlich zu veröffentlichende Türkei-Fortschrittsbericht der EU-Kommission zu einer Positionierung in der Causa Gezi. Dieser Bericht ist eines der bislang wenigen EU-Dokumente, in denen die Haltung der EU zu den Protesten explizit wird. Die Passagen zu den Protesten lesen sich bei oberflächlicher Betrachtung wie eine verhaltene Kritik am Agieren der türkischen Behörden: Die massive Polizeigewalt wird als »exzessiv« beschrieben, und die Proteste, gegen die sich diese Gewalt richtete, als »größtenteils friedlich«. Ebenso finden die Verhaftungen von JournalistInnen und AktivistInnen nach Artikel 314 des türkischen Strafgesetzbuches (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) Erwähnung. Dessen ungeachtet erkennt der Bericht in den Ereignissen des Sommers keine systematische Niederschlagung einer Protestbewegung. Er erwähnt ebenso wenig die Drohung der Regierung, ihre Streitkräfte gegen die Protestierenden einzusetzen. Vielmehr sieht die Kommission eine Summe isolierter Gewaltereignisse, unverhältnismäßige »Szenen der Gewalt« (Kommission 2013, S. 52f) Eine solche Interpretation der Ereignisse ist schon während des Sommers in einigen Flügeln der AKP vertreten worden. Insbesondere im Umkreis von Präsident Abdullah Gül waren Zweifel geäußert worden, inwieweit die Härte verhältnismäßig gewesen war – gerade mit Blick auf eine rasche Befriedung der Lage. Der Bericht hebt explizit die »ausgleichende Rolle« des Präsidenten hervor (ebd., S. 9) und problematisiert den »fortdauernden Mangel an Dialog und Kompromissgeist zwischen den politischen Parteien« sowie eine »ungenügende Vorbereitung wichtiger Gesetzesvorhaben«. Er betont die »Notwendigkeit einer systematischen Konsultation der Zivilgesellschaft und anderer Stakeholder im Gesetzgebungsprozess« (ebd., S. 7). Während der aus der Managementsprache entlehnte Begriff »Stakeholder« die Existenz fundamentaler Interessensunterschiede entnennt, legt die Forderung nach Konsultationsmechanismen nahe, dass Umsetzungsprobleme vermeintlich alternativloser Politiken im Vordergrund stünden. Gerade gegen solch ein Bild von Gesellschaft richtet sich die Protestbewegung. Die Unterschiede zwischen den (durchaus vielfältigen) Interessen der Protestbewegung und der EU-Kommission könnten größer kaum sein.

Insofern der Bericht der Kommission primär die Bemühungen der türkischen Regierung bei der Implementierung der neoliberalen Agenda überwacht, sind derartige Differenzen kaum überraschend – gerade

weil die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten indirekten Einfluss auf die Erstellung des Berichtes haben. Dennoch fällt die von der Kommission getroffene positive Gesamteinschätzung der politischen Lage in der Türkei überraschend positiv aus, so vermeldet der Bericht »Fortschritte auf dem Gebiet der Justiz« (ebd., S. 63). Verbesserungswürdig bleiben nur einzelne Aspekte, nicht die generelle Richtung der türkischen Regierung. Besonders deutlich wird dies in der politischen Schlussfolgerung des Berichts: »Die positive Agenda, die 2012 gestartet worden war, unterstützte und flankierte weiterhin die Beitrittsverhandlungen durch eine erweiterte Kooperation auf Feldern gemeinsamer Interessen: politischer Reformen, Anpassung an den Aquis, Dialog über Außenpolitik, Visa, Mobilität und Migration, Handel, Energie, Anti-Terrorismus und Teilnahme an EU-Programmen. (...) Die Kommission erkennt ebenfalls die Fortschritte an, die in Bezug auf wichtige Anforderungen betreffend der Justiz und den fundamentalen Rechten erzielt wurden.« (ebd., S. 3) Insgesamt ist die Bewertung der Türkei durch die EU-Kommission 2013 deutlich positiver ausgefallen als 2012. Ökonomische und geopolitische Interessen sowie die Verteidigung der neoliberalen Ordnung genießen in der Türkeipolitik der EU klaren Vorrang. Ungeachtet der Frage, ob oder wann es einen Beitritt der Türkei zur EU geben wird, verlangen die Kopenhagener Kriterien die Selbstverpflichtung auf die neoliberale Ordnung. Dazu gehört auch die Bereitschaft zur Verteidigung der Ordnung. Dieses ungeschriebene – aber wichtige – Beitrittskriterium hat die AKP durch die Niederschlagung der Proteste im eigenen Interesse erfolgreich erfüllt. ■■■

Die Zitate basieren auf einer Eigenübersetzung aus: European Commission: Commission Staff Working Document, Turkey 2013 Progress Report; Brussels, 16.10.2013.

DIE KOMMUNE VOM GEZI-PARK UND DER KLASSENKAMPF IN DER TÜRKEI UND KURDISTAN

VON MICHAEL BACKMUND

Auf der Fahrt zurück von Tarlabası nach Eminönü begann der junge Taxifahrer auf dem Weg durch die verstopften Straßen nach seiner Frage, ob wir gerade auf dem Taksimplatz gewesen seien, zunächst leise und dann immer selbstbewusster zu erzählen: »Auch ich bin ein Çapulcu! Drei Tage habe ich im Gezi-Park übernachtet. Diese Proteste werden unser Land verändern, die Erfahrungen, die wir jungen Türken, Aleviten, Kurden und viele andere zusammen gemacht haben, kann uns niemand mehr nehmen.« So zufällig und flüchtig die Begegnungen in diesen Istanbuler Juninächten auch sein mochten, so offen und interessiert wurde am Bosphorus schon lange nicht mehr über das Schicksal der Türkei und Kurdistans und über die Notwendigkeit einer umfassenden Demokratisierung im gesamten Land gesprochen.

Drei sehr konkrete Momente der Aufstände verweisen auf die strategische Perspektive der Kommune vom Gezi-Park und die Möglichkeiten des Klassenkampfes in der Türkei und Kurdistan: Die Gezi-Proteste haben die herrschende Deutungshoheit der türkischen Eliten und ihrer Massenmedien gebrochen. Bislang waren immer »die Anderen« und insbesondere »die Kurden« die Terroristen. Seit Erdoğan und die AKP die DemonstrantInnen als »Marodeure und Terroristen« bezeichnet, gibt es eine selbstbewusste Antwort der Diffamierten: »Dann sind wir eben alle Marodeure und Terroristen«, riefen sie der Staatsmacht entgegen. Bei den Großdemos am Taksim und im Gezi-Park waren erstmals kurdische Transparente, PKK-Fahnen und Bilder von Abdullah Öcalan ganz selbstverständlich neben den Transparenten von FeministInnen, AnarchistInnen und KommunistInnen zu sehen. Und nach der Ermordung eines kurdischen Jugendlichen in Lice bei Diyarbakır fanden erstmals in Istanbul und der Westtürkei Solidaritätsdemos statt unter dem Motto »Taksim ist überall, Lice ist überall – überall ist Widerstand«.

Diese Solidarität einer breiten Protestbewegung in der Türkei mit der kurdischen Freiheitsbewegung als Ausdruck horizontaler Selbstermächtigung eröffnet eine Perspektive für gesamtgesellschaftliche Veränderungen mit einer antihegemonialen und antichauvinistischen Position.

DREI THESEN ZUR AKTUELLEN SITUATION IN DER TÜRKEI UND KURDISTAN:

1.These: Die Kommune vom Gezi-Park und die Aufstände in der gesamten Westtürkei haben die Gesellschaft in der Türkei radikal verändert. Das ist – unabhängig davon, wie es weiter geht – der historische Erfolg dieser Aufstände.

2.These: Dadurch sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Klassenkampf in der Türkei und in Kurdistan deutlich verbessert worden. Es gibt erstmals seit Jahrzehnten wieder eine reale Chance für eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der gesamten Türkei.

3.These: Zwischen den Taksim-Aufständen, dem kurdischen Friedensprozess und der kurdischen Autonomie in Rojava/Westkurdistan sowie der Entwicklung in Syrien besteht ein Wechselverhältnis. Das ist eine Chance und zeigt zugleich die Komplexität der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die Gefahr einer reaktionären Eskalation.

DIE WICHTIGSTEN AKTEURE UND DIE DYNAMIK DER AUFSTÄNDE

Diese Gruppen bestimmten die Dynamik der Aufstände:

- Junge Menschen und Studierende: Sie haben die Nase voll von der autoritären Bevormundung; von Internetzensur, Einschränkung des Alkoholkonsums, patriarchalen Körperpolitiken incl. Abtreibungsverbot, repressiven Geschlechterrollen und Kleidernormen, sowie von einer Familienpolitik, bei der laut Erdoğan »alle jungen Frauen drei bis fünf Kinder gebären sollen«. Dazu kommen eine rasante neoliberale Umstrukturierung des gesamten Bildungssystems und damit prekäre Zukunftsperspektiven auch für die Mehrheit der angehenden AkademikerInnen.
- Frauen, Lesben, Schwule und Transgender: Sie sind von den herrschenden Geschlechtervorstellungen und der autoritär-patriarchalen AKP-Politik besonders stark betroffene gesellschaftliche Gruppen.

- Junge kurdische Militante in Istanbul – mit den praktischen Erfahrungen und dem Mut, gegen die Polizei zu kämpfen. Sie sind von der urbanen Vertreibungspolitik besonders hart getroffen.
- Fußballfans als soziale und politische Milieus, die sich der repressiven Polizei, dem Alkoholverbot und einem Politikverbot in den Stadien ausgesetzt sehen. Sie bringen eine lange Tradition als sozialer Raum des subkulturellen »Überlebens« nach dem 1980er Putsch mit.
- Die sogenannten »Weißkragen«: prekäre ArbeiterInnen in den Dienstleistungsbranchen – von marginalisiert und schlecht bezahlt bis zu extrem gut bezahlten Angestellten (aber freiberuflich-prekär arbeitend)
- Die alten, erfahrenen Militanten der sozialistischen Linken
- Und insbesondere auch eine undogmatische neue Linke des 21. Jahrhunderts, die global sehr gut vernetzt und ideologisch auf der Höhe des internationalen politischen Diskurses ist: Seit Jahren aktiv gegen Gentrifizierung, den Abriss des alten Minderheiten- und MigrantInnenviertels Tarlabası, im internationalen No-Border-Kampf verankert. Sie ist teilweise involviert in die bisher noch lokalen, aber landesweit erstarkenden Proteste gegen Umwelterstörung und AKWs und sie ist lokal aktiv gegen die Istanbuler Abschiebeknäste, in den Netzwerken gegen globalen Kapitalismus, Krieg und Patriarchat. Ein Beispiel: Das Netzwerk Our Commons.

Alle zusammen haben einen kreativen neuen Raum geschaffen: Die Kommune vom Gezi-Park war ein Laboratorium, ein Ort des Experiments und des Erfolgs, der Realität von basisdemokratischen Diskussions- und Entscheidungsstrukturen, von der Aufhebung von Kopf- und Handarbeit. Gezi war überall in der Westtürkei, und die Türkei war wie in einem Mikrokosmos auch im Gezi-Park präsent. Es war eine Erfahrung im Geist der »Pariser Kommune«, der Revolten auf den Plätzen der Welt – von Athen über Tunis, Kairo, New York, Frankfurt bis Sao Paulo und Mexico City.

Erstmals hat eine türkisch-kurdische Generation, die in den 1990er Jahren geboren wurde, gemeinsam auf der Straße gegen die Staatsmacht gekämpft: »Wir

sind so froh, dass wir endlich in der Gegenwart des globalen Widerstandes gegen Kapitalismus und Krieg angekommen sind«, sagte mir eine politische Freundin am 22. Juni 2013 auf dem Taksim, als erstmals nach der Räumung des Gezi-Parks und den sich anschließenden tagelangen Straßenschlachten wieder zehntausende Menschen auf dem Taksim demonstrierten. Die Antwort auf die alten Politikmodelle der türkischen Linken war eindeutig: Wir brauchen eine neue antiautoritäre und horizontale Bewegung. Denn obwohl Che in der Türkei von allen Linken verehrt wird, gab es in großen Teilen der türkischen Linken bisher keinen kreativ-dynamischen Bruch mit den verschiedenen Spielarten der ML-Partei-Orthodoxien. Auch dafür war die Kommune vom Gezi-Park ein überfälliger Befreiungsschlag und kann eine Brücke zur kurdischen Bewegung sein, die sich nach 1989 wesentlich konsequenter und nachhaltiger als große Teile der türkischen Linken mit den Erfahrungen des autoritären Staatssozialismus auseinander gesetzt hat

»Als die Herren der klassischen Linken in den Gezi-Park kamen, geriet der Prozess ein paar Tage ins Stocken. Sie erklärten in tagelangen Plena allen ihre ideologisch richtige Einschätzung, über die sie sich natürlich nicht einig waren. Sie blockierten damit vorübergehend die Dynamik des Prozesses. Nach ein paar Tagen haben auch sie kapiert, dass die Kommune vom Gezi-Park bereits erfolgreich funktioniert. Ab da haben auch manche von ihnen etwas Neues gelernt«, erklärte mir eine jüngere Aktivistin ihr Fazit aus dieser Erfahrung der Revolte.

DAS SCHEITERN DES ENTWICKLUNGSMODELLS DER AKP

Innenpolitisch: Der zunehmend islamisch- autoritäre Führungsstil von Erdoğan und der AKP hat immer mehr gesellschaftliche Gruppen, insbesondere die städtisch-dynamischen, die Jugend und die Frauen gegen sich aufgebracht. Außerdem stagnieren das ökonomische Wachstum und damit die Attraktivität des AKP-Modells.

Außenpolitisch sind Erdogans Großmachtträume (als der »neue Sultan am Bosphorus«) bereits gescheitert: Nach dem arabischen Frühling pries er sich von Bengasi über Tunis bis Kairo als neuer Statthalter eines neoliberal-islamischen Wirtschaftsraums. Er träumte von einem schnellen Regime-Change in Syrien und der engen Kooperation mit der islamischen Regierung in Tunis und den Muslimbrüdern in Ägypten..

Die globale Krise: Auch die Nato-Verbündeten der Türkei haben keinen realistischen strategischen Plan für die Lösung der globalen und regionalen (Verwertungs-)Krisen des Neoliberalismus. Ein Entwicklungsversprechen für die Mehrheit der Menschen von Irak, Libyen, Tunesien, Ägypten, Syrien über Irak bis Afghanistan und Pakistan gibt es schon lange nicht mehr. Nun droht auch noch das Wirtschaftsmodell der AKP an seine Grenzen zu stoßen. Die bestimmenden Momente der imperialen Politik der EU- und Nato-Staaten sind lang andauernde Kriege und der gleichzeitige Versuch, die wichtigsten Handelswege und Produktionsräume offen zu halten.

GENTRIFIZIERUNG, BAUBOOM UND TÜRKISCHE KRISE

Der Preis der Immobilienspekulation im Dienste einer von Millionen IstanbulInnen abgelehnten Luxus-Sanierung im Eiltempo ist die Zerstörung von weiten Teilen der architektonisch und historisch einmaligen Altstadtviertel von Tarlabası, Kurtuluş oder Kocatepe und der steilen und verwinkelten Stadtviertel wie Katip Mustafa Çelebi, Tophane oder Cihangir.

Schon jetzt hat dieser Bauboom auf Kosten der dort ansässigen Bevölkerung einmalige Gebäudeensembles für immer vernichtet und wird als städtebauliche Todsünde in die Architekturgeschichte von Istanbul eingehen. Viele Menschen werden vertrieben, um der Profitlogik und der globalen Gleichmacherei von schlechter Architektur für diejenigen Platz zu machen, die zwar viel Geld, aber wenig Sinn für Gemeinschaft im Sinne gewachsener sozialer und kultureller Strukturen haben.

Übrigens lassen sich ähnliche Zerstörungen derzeit im ostanatolischen Van oder anderen kurdischen Städten beobachten. Gerade in Van ist die zerstörerische Dimension des Kapitalismus nach dem Erdbeben mit ganzer Wucht angekommen: Block für Block der Häuser, die das Beben überstanden haben, wird dem Erdboden gleichgemacht für einen kreditfinanzierten Bauboom.

Längst zeigt sich, dass diese angebliche Erfolgsgeschichte des globalen kapitalistischen Baubooms in Zentren der großen Metropolen schnell wie ein Kartenhaus in sich zusammen stürzen kann, sobald sich die internationalen Hedgefonds und Börsenspekulanten mit ihren Investitionen einem noch lukrativeren Geschäft zuwenden wollen. Ein möglicher Crash in der Türkei infolge des schnellen Abzugs kurzfristig investierten Kapitals würde die Immobilienblase in

Spanien wie eine leichte Frühlingsbrise erscheinen lassen.

Verfolgt man den Kurssturz an der Istanbul Börsen seit Beginn der Protestbewegung, den Kursverfall der türkischen Lira, das steigende Handelsbilanzdefizit der Türkei, die wachsenden Schulden- und Kreditberge sowie die abgeflaute Konjunktur des bis 2011 noch als das »China Europas« bejubelten AKP-Modells, könnten für die Banken und Konzerne am Bosphorus heftige Frühjahrsstürme heraufziehen.

KRISE IM »CHINA EUROPAS«

Die Türkische Lira sank Ende September auf ein historisches Tief: Für einen Euro müssen jetzt 2,70 Lira auf den Tisch gelegt werden. Im September 2012 war ein Euro rund 2,30 Lira wert, 2010 sogar nur 1,99 Lira. Ebenso dramatisch ist der Kursverlust gegenüber dem Dollar. Da ein Großteil der türkischen Unternehmer in den Boom-Jahren Euro- oder Dollarkredite aufgenommen haben, aber türkische Lira einnehmen, ist der wirtschaftliche Verlust gravierend. Der Istanbul Leitindex lag Ende Mai 2013 noch bei knapp 93 000 Punkten, Ende August fiel er auf 65 000 Zähler in den Keller. In nur drei Monaten verlor die Bosphorus-Börse damit satte 27 Prozent. Jetzt dümpelt er bei 75 000 Zählern vor sich hin.

Während der Finanzkrise nach 2008 floss das Kapital in Strömen in die Türkei, da weltweit niemand in Euro oder Dollar investieren wollte. Durch die Ankündigung Bernankes, die expansive Geldpolitik der amerikanischen Notenbank Fed bald beenden zu wollen, wird nun der Dollar wieder attraktiver, d.h. aus Ländern wie der Türkei fließt das Geld wieder ab. Allein seit Mai haben global agierende Investoren rund 44 Milliarden Dollar aus Aktien- und Anleihefonds mit dem Schwerpunkt Schwellenländer abgezogen, wie Daten von EPFR Global belegen.

Für die Türkei hat die schwache Lira fatale Folgen. Zum einen werden die Importe immer teurer, das Land ist traditionell von Öl- und Gasimporten abhängig. Schon ein Anstieg des Ölpreises um zehn Dollar kann in der Türkei zu einem zusätzlichen Leistungs-bilanzdefizit von rund fünf Milliarden führen. Bereits jetzt haben die steigenden Ölpreise die Türkei rund 300 Millionen Dollar gekostet, wie die Regierung kürzlich bekannt gab.

Die Brutto-Außenverschuldung der Türkei stieg von knapp 292 Milliarden US-Dollar im Jahr 2010 auf fast

337 Milliarden US-Dollar 2012. Lag die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (real in Prozent) im Jahr 2010 noch bei 9,2 % und 2011 bei 8,5 %, so waren es 2012 nur noch 2,6 %. Die für 2013 von Germany Trade & Invest Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing prognostizierten 3,4 % und die für 2014 erhofften 3,7 % dürften kaum noch zu erreichen sein.

Genau das ist einer der wunden Punkte des AKP-Wirtschaftsbooms. Bisher ließ sich das Defizit durch die Geldzuflüsse aus dem Ausland gut finanzieren. Bleiben die jetzt aus, wird es eng. »Die Investoren werden zunehmend nervös«, sagte kürzlich Gregor Holec, der Türkei-Experte von Raiffeisen Capital Management. Sie zögen sich zwar noch nicht zurück, doch die allgemeine Verunsicherung nehme zu. Insbesondere große Fonds seien zurzeit kaum mehr in der Türkei aktiv.

Eine der Ursachen findet sich auch in den innenpolitischen Unruhen. Zu präsent sind die Bilder des besetzten Taksimplatzes, auf dem insgesamt mehrere Millionen Menschen gegen die Regierung Erdoğan und gegen die brutalen Polizeieinsätze revoltierten. Derzeit steigt die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zusätzlich aufgrund der allgemeinen Teuerungsraten. Die durchschnittliche Preissteigerung liegt mit knapp neun Prozent sehr hoch. Der schlechte Kurs der türkischen Lira könnte die Unzufriedenheit weiter anheizen. Zumindest droht dem AKP-Modell die Luft oder das Geld auszugehen. Damit schwindet aber auch seine stärkste ideologische Waffe: Der Erfolg einer selbstbewussten Türkei, die den WählerInnen der AKP Wohlstand, Macht und Aufstiegschancen verspricht.

PARALLELENTWICKLUNGEN: DIE HORIZONTALE GEGENMACHT DER KOMMUNE VOM GEZI-PARK UND DIE DEMOKRATISCHE AUTONOMIE IN KURDISTAN

Das Projekt der demokratischen Autonomie in der kurdischen Befreiungsbewegung und die Kommune vom Gezi-Park weisen einige grundlegende Übereinstimmungen auf, sowohl in der Organisationsform wie in der politischen Strategie: Es geht hier wie dort um basisdemokratische Strukturen, um eine antihierarchische Selbstermächtigung. Das zeigt sich in den kurdischen Räten ebenso wie in den Erfahrungen der Istanbuler Foren. Es geht nicht um die Ergreifung der Staatsmacht, nicht um die Eroberung der alten Formen der Herrschaft, sondern um etwas ganz anderes. Die autonome Selbstermächtigung in basisdemokratischen, antisexistischen, antikapitalistischen, ge-

nossenschaftlich und ökologisch ausgerichteten Rätestrukturen zeigt sich in der kurdischen Bewegung beispielsweise im hohen Grad an Autonomie der Frauenorganisation. Insofern geht es in beiden Fällen nicht um Staatsmacht, um Militär oder Grenzen von willkürlich konstruierten Nationen und Staaten. Es geht um Räume und Gebiete der Autonomie mit internationalistischen Momenten. Die militärischen Angriffe auf das autonome Rojava/Westkurdistan – ob von der Türkei und der Allianz islamistischer Kräfte von Al Quaida bis Saudi Arabien und Katar – zeigt, wie nötig und zugleich gefährdet diese Perspektiven sind.

Für die AktivistInnen der Gezi-Aufstände bedeutet das, in den nächsten Monaten den autonomen Geist der Bewegung über die Zeit der Kommunal- und Parlamentswahlen hinaus zu verlängern. Auch stellt sich in der aktuellen Dynamik der anstehenden Kommunalwahlen die Herausforderung, sich dem Drang verschiedener linker Parteien nach parlamentarischer Partizipation nicht einfach unterzuordnen – zumal diese auch nicht vor Koalitionen mit manch alten kemalistischen Kräften zurückschrecken. Die kürzliche Modeshow in einer besetzten Textilfabrik in Istanbul ist indes ein Beispiel für eher lohnende Betätigungsfelder.

Auch in Kurdistan gäbe es unabhängig von der großen Politik praktische Ideen für klassenkämpferische Projekte: Wenn nicht jetzt über Alternativen zum kapitalistischen Tourismus, also über ökologische Landwirtschaft und nachhaltige Energieversorgung nachgedacht und diskutiert wird, könnte der kapitalistische Zyklus der Modernisierung Kurdistan schlicht überrollen. Die Umweltzerstörung durch weggeworfene Plastiktüten und -flaschen sowie die Begleiterscheinungen des globalen ökonomischen Handels haben allein in den letzten eineinhalb Jahren in den Flüssen der Region Van verheerende Spuren hinterlassen. Doch wo sind die ökologischen Aufklärungskampagnen, wo die Genossenschaften, die sozialen und ökologischen Wohnungsbau betreiben als Gegenmodell zu den Gated Communities für die kurdische Mittel- und Oberklasse samt der rasanten Bodenspekulation? Wo sind die ökologischen Produktionsgenossenschaften aus der Region, die die kurdischen Städte mit selbstproduzierten hochwertigen Nahrungsmitteln versorgen könnten? Und wo sind die autonomen Kulturzentren, die der staatlichen und islamistischen Bildungsoffensive etwas entgegensetzen?

Ohne das autonome Projekt in Westkurdistan/Syrien, einer Gesellschaft jenseits kolonialer und neokolonialer Grenzziehungen, ethnischer Säuberungen, autoritärer Regime, zudem gegen die Interessen regionaler wie globaler Großmächte gerichtet, wäre auch für die Entwicklung in Nordkurdistan das Schlimmste zu befürchten. Ohne eine reale Chance auf einen gerechten Frieden in Kurdistan würde aber wiederum auch die Aufstandsbewegung in der gesamten Türkei ins Stocken geraten und Gefahr laufen, brutal unterdrückt zu werden. ■

Michael Backmund lebt und arbeitet als Journalist, Autor und Filmemacher in München. Er ist Mitglied im FreundInnenkreis Andrea Wolf und setzt sich seit 1998 für die Aufklärung der Kriegsverbrechen der türkischen Armee in Kurdistan ein.